

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 155.

Mittwoch, den 6. Juli 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Die Arbeiterversicherung in der Reichstagskommission.

Reichstagsabgeordneter Genosse Robert Schmidt, Mitglied der Kommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung, schreibt uns:

Die Kommission des Reichstags, der die Reichsversicherungsordnung zur Beratung überwiesen ist, hat bereits einige sehr bemerkenswerte Änderungen an der Vorlage vorgenommen, von denen die wichtigsten einer kurzen Betrachtung unterworfen werden sollen. Allerdings muß gleich betont werden, daß aus der ersten Lesung, um diese handelt es sich, noch kein abschließendes Urteil über die endgültige Gestaltung des Gesetzesentwurfes zu gewinnen ist.

Die Kommission hat die erste Lesung des ersten Buches beendet, in dem der organische Aufbau des Versicherungszuges geordnet wird. Nach der Vorlage sollten alle Versicherungszweige einen gemeinsamen Unterbau erhalten. Diese Organisation sollte je nach Bedarf an die untere Verwaltungsbehörde angegliedert oder in einer gewissen Selbstständigkeit von dieser gebildet werden und die Bezeichnung „Versicherungsamt“ tragen. In der Kommission sind insbesondere wegen der Höhe der Kosten sehr erhebliche Einwendungen gegen diese Neuordnung erhoben worden, und schließlich wurde beschlossen, daß diese Versicherungsämter nicht als selbständige Organisationen neugeschaffen, sondern in den Verwaltungskörper der unteren Verwaltungsbehörde eingefügt werden und in diesem aufgehen sollen. Die Sozialdemokraten wollten die Versicherungsämter ganz unabhängig von dem bestehenden bürokratischen Verwaltungsapparat machen, aber ihre Absicht fand keine Unterstützung, sondern wurde von allen Seiten, besonders vom Zentrum, lebhaft bekämpft. Für die direkte Wahl der Arbeitervertretung trat mit den Sozialdemokraten nur noch die Fortschrittliche Volkspartei ein.

Zu begrüßen ist der Beschluß, daß die besonderen Einrichtungen für staatliche Betriebe und die Knappschaftskassen zu besitzigen sind. Alle Sonderversicherungs- und Sonderoberversicherungsämter, die in dem Regierungsentwurf vorgesehen waren, wurden ausgemerzt. Auch die Landesversicherungsämter wurden gegen den Widerspruch des bayerischen Regierungsvertreters aufgehoben. In allen Streitfragen bleibt das Reichsversicherungsamt oberste Instanz. Das ist kein materieller Gewinn für die Arbeiter, aber ein Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, also ein Fortschritt.

Wichtiger sind die Beschlüsse über die Krankenversicherung. Hier wurde die Möglichkeit gegeben, die Arbeiter in eine höhere Beitragsklasse zu bringen. Bisher durfte die oberste Lohnklasse nicht über 5 Mk. hinausgehen, jetzt ist die Erhöhung bis zu 6 Mk. möglich. Die Sozialdemokraten stimmten dieser Änderung zu, bekämpften aber im Hinblick auf die geänderten Einkommensverhältnisse auch diese Begrenzung, ohne die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu finden. Für Handlungsgehilfen, Werkmeister, Techniker usw. sollte der Versicherungszwang nach der Vorlage bei einem Einkommen von höchstens 2000 Mk. enden. Die Sozialdemokraten beantragten, die Höchstgrenze bei 5000 Mk. zu ziehen, die Kommission kam schließlich zu einer Begrenzung auf 2500 Mk.

Der Versuch der Regierungsvorlage, die Vertretung der Arbeiter in Vorstand und Ausschuß der Krankenkassen auf die Hälfte herabzudrücken, scheiterte; nur die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen traten lebhaft für ihn ein. Mit Hilfe des Zentrums aber retteten die Arbeiterfeinde jene reaktionäre Bestimmung der Vorlage, der zufolge für die Wahl des Kassenvorsitzenden nicht mehr die einfache Mehrheit genügen, sondern die Zustimmung der Arbeiter wie der Unternehmer notwendig sein soll. Sogar die Regierung gab zu, daß dieser Änderung die Grundlage entzogen sei, da doch die Zweidrittelbeitragsleistung der Arbeiter beibehalten wurde.

In den weiteren Verhandlungen spielten agrarische Tendenzen eine große Rolle. So sollten die Arbeiter von Unternehmern, die sich bereit erklärten, die gelegentlich vorgelehene Krankenfürsorge zu übernehmen, von der Beitragspflicht befreit werden, eine Bestimmung, die den Großgrundbesitzern auf den Leib zugeschnitten war und daher auch bei Konservativen, Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums viel Anklang fand, desto entschiedener aber natürlich von den Sozialdemokraten bekämpft wurde. Das Zentrum trat

nun einen Schritt zurück und verlangte von den Unternehmern, die von der Beitragspflicht entbunden werden wollten, Hinterlegung einer Sicherheit. Dadurch wurde die Sache auch den Konservativen und den Nationalliberalen unschmackhaft und die Bestimmung fiel.

Ähnlich kam es bei den Betriebskrankenkassen. Der Zentrumsagrarier Herold wollte die Gründung von Betriebskrankenkassen auf dem Lande schon bei 20 Arbeitern zulassen. Die Kommission beschloß, die Mindestzahl der Mitglieder einer Betriebskrankenkasse auf 100 festzusetzen, fügte aber hinzu, daß zur Gründung einer solchen Kasse die Zustimmung der Arbeiter in geheimer Abstimmung notwendig sei. Von dieser geheimen Abstimmung wollten Konservative und Nationalliberale nichts wissen, sie stimmten nun mit den Sozialdemokraten und den Fortschrittlichen den ganzen Paragraphen nieder. Damit sind die Betriebskrankenkassen überhaupt abgelehnt, allerdings nur vorläufig, da die bürgerlichen Parteien fest entschlossen sind, sich später noch über die Beibehaltung dieser Kassen zu verständigen.

Für die neu zu errichtenden Landkrankenkassen sollte eine Selbstverwaltung in der Regel ausgeschlossen sein. Mit 15 gegen 11 Stimmen hat hier die Kommission beschlossen, daß die Verwaltung der Landkrankenkassen ebenso eingerichtet werden soll wie die der Ortskrankenkassen.

Das Bestreben der Sozialdemokraten, alle Sonderorganisationen gleich Innungs- und Betriebskassen auszuschalten, wurde vom Zentrum besonders lebhaft bekämpft. Die Innungskassen fanden an Herrn Sel, die Betriebskrankenkassen an Herrn Herold und Freiherrn v. Fellen geradezu fanatische Anhänger. Hier aber machte sich auch der soziale Riß, der durch das Zentrum geht, bemerkbar, denn die Zentrumsmitglieder Becker und Schirmer, die als Arbeitervertreter das Versicherungswesen kennen, mußten zugeben, daß jene kleineren Kassen, deren Erhaltung von Agrariern und Mittelstandsetzern gewünscht wird, keine Garantie für eine höhere Leistungsfähigkeit bieten können.

Eine Ausdehnung der Kassenleistungen wurde in nur ganz minimalem Ausmaß zugestanden. Die so überaus wichtige Mutterchaftsversicherung ist fast vollständig in das Belieben der Kasse gestellt. Die Wochenhilfe blieb entsprechend der Vorlage auf acht Wochen beschränkt. Hauspflege soll nicht, wie die Sozialdemokraten beantragten, stattfinden, wenn die Wöchnerin sie wünscht, sondern nur, wenn sich die Kasse bereit erklärt, sie zu gewähren. Neu ist die Bestimmung, daß sowohl versicherungspflichtigen Ehefrauen als auch den Ehefrauen der Versicherten Hebammendienste und erforderlichenfalls ärztliche Geburtshilfe gewährt werden. Ein sozialdemokratischer Vorschlag, gleiche Hilfe auch solchen versicherten Arbeiterinnen zu gewähren, die sich mit einem Trauschein nicht ausweisen könnten, da doch diese in besonderem Maße hilfsbedürftig wären, wurde vom Zentrum und den anderen Vertretern bürgerlicher Scheinmoral abgelehnt. Auch die Gewährung eines Stillselbes bleibt auf Ehefrauen beschränkt und wird im übrigen in das Belieben der Kassen gestellt. Die Sozialdemokraten hatten allgemeine Gewährung von Stillselbes für 26 Wochen in der Höhe des Krankengeldes beantragt. Vergeblich: Die christliche Tugend siegte und die Kinder dürfen sterben!

Auch die Bemühungen der Sozialdemokraten um Durchführung einer allgemeinen Familienversicherung blieben erfolglos.

Für die Angestellten forderten die Sozialdemokraten achtstündige Arbeitszeit, Ferienuurlaub und eine feste Gehaltskala. Darüber war man allgemein entrüstet. Namentlich das Zentrum hielt solche im Interesse der Privatangestellten erhobenen Ansprüche für ganz unberechtigt und fand dabei die lebhafteste Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen. Um zu tun, als ob etwas geschehen wäre, formulierte das Zentrum einen Antrag, wonach die Dienstordnung Bestimmungen enthalten soll: 1. ob und inwieweit bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung das Gehalt fortgezahlt wird, 2. ob und in welchen Fristen Dienstalterszulagen gewährt werden, 3. ob und unter welchen Voraussetzungen eine Beförderung stattfindet, 4. ob und unter welchen Bedingungen Ruhegehalt- und Hinterbliebenen-Fürsorge gewährt wird.

Diese Anträge sind natürlich weiter nichts als ein leeres Schema. Es liegt im Belieben der Kasse, was sie gewährt, während die sozialdemokratischen Anträge bestimmte Mindestforderungen erfüllt sehen wollten.

Die Kapitel über den Arztvertrag stehen in den nächsten Tagen zur Beratung und es ist zu hoffen, daß bis zur Vertagung der Kommission am 15. Juli der Abschnitt über die Krankenversicherung in erster Lesung seine Erledigung findet. Alles in allem ergibt sich, daß es ge-

lungen ist, einige reaktionäre Bestimmungen aus der Vorlage zu entfernen, zur Befriedigung gibt aber das bisher Geschaffene, wie wir gesehen haben, durchaus keinen Anlaß und obendrein wäre es verfrüht, sich in Sicherheit darüber zu wiegen, daß uns nicht noch bei der zweiten Lesung unangenehme Überraschungen bereitet werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichsversicherungsordnung.

Die Kommission legte am Dienstag die Generaldebatte über den Arztvertrag fort. Von der Regierung wurden Einzelheiten über die Tätigkeit des Leipziger Ärzteverbandes einer scharfen Kritik unterworfen, und behauptet, daß der Verband einen schweren Terrorismus ausübe. Es sei ein Unfug, Ärzte ehrenwörtlich zu verpflichten, nur unter Zustimmung des Leipziger Verbandes mit einer Krankenkasse Verträge abzuschließen. Von der anderen Seite verteidigten besonders die beiden praktischen Ärzte Dr. Mugdan und Dr. Struve die Stellung der Ärzte-Organisation mit einem recht extrem gewerkschaftlichen Standpunkt. Bemerkenswert war, daß Dr. Mugdan konstatierte, daß bei der freien Arztwahl die politische Stellung des Arztes keine Rolle spielt. So habe sich in Berlin ergeben, daß die sozialdemokratischen Ärzte keineswegs eine große Kasernenpraxis aufweisen, obwohl die Mitglieder der Kasse, unter denen sich doch eine sehr erhebliche Anzahl Sozialdemokraten befinden, zu den sozialdemokratischen Ärzten gehen könnten. In der Tat sind zwei wegen ihrer konservativen Gesinnung bekannte Ärzte bevorzugt, die die größte Kasernenpraxis aufweisen.

Die Generaldebatte wurde noch nicht beendet, sie wird in der Sitzung am Mittwoch fortgesetzt.

Die neue Tabaksteuer.

Der Wertollzuschlag auf Rohtabak und Zigarren, der seit dem 15. August 1909 in Kraft ist, hat bis zum 31. März 1910 eine Einnahme von 18 839 654 Mk. gebracht. Davon entfallen auf Rohtabak 18 251 892 und auf Zigarren 587 762 Mk. Die durch die Nachverzollung vereinbarten Beiträge sind hierbei nicht mitgerechnet. Der Durchschnittswert eines Doppelzentners Rohtabak stellt sich nach einer Berechnung der „Süddeutschen Tabakztg.“ für die Zeit vom 15. August 1909 bis 31. März 1910 auf 152 Mk. Der Durchschnittswert von 1000 Stück Zigarren hat für die Zeit vom 15. August 1909 bis 31. März 1910 77 Mk. betragen.

Rechnet man den Wertoll von 40 v. H. in einen spezifischen Zoll um, so ergibt sich, daß auf einen Doppelzentner Rohtabak im Durchschnitt ein Zollzuschlag von rund 61 Mk. kommt. Da außerdem 85 Mk. Gewichtszoll erhoben werden, so beträgt der Gesamtzoll durchschnittlich 146 Mk. auf einen Doppelzentner. Bei Zigarren macht der Wertollzuschlag im Durchschnitt rund 31 Mark pro Tonne und 607 Mk. pro 100 Kilogramm Reingewicht aus. Unter Hinzuziehung des Gewichtszolles von 270 Mk. ergibt sich daher ein Gesamtzoll von durchschnittlich 877 Mk. auf einen Doppelzentner. Da früher auf Rohtabak nur 85 Mk. und auf Zigarren nur 270 Mk. pro 100 Kilogramm erhoben wurden, so tritt durch die Finanzreform eine Erhöhung des Zolls auf Rohtabak um durchschnittlich 72 v. H. und auf Zigarren um durchschnittlich 225 v. H. ein. Im Verhältnis zum Wert stellt sich der Gesamtzoll bei Rohtabak auf etwas über 100 Proz., bei Zigarren auf 58 v. H. im Durchschnitt.

Polenpolitik — Friedenspolitik.

Eine Berliner Korrespondenz teilt in einer Zuschrift aus Polen mit, daß ein gänzlicher Umschwung in der preussischen Polenpolitik bevorstehe. Die bisherige Kriegspolitik gegenüber den Polen soll jetzt in eine Friedenspolitik umgewandelt werden. Veranlassung hierzu habe die Neubefestigung des Bischofsstuhles in Polen gegeben, der seit etwa 3 1/2 Jahren unbefestigt ist, weil man sich bisher über die Personenfrage nicht einigen konnte. Neuerdings hätten nun geheime Verhandlungen mit Rom stattgefunden, die dann auch zu einer Verständigung führten. Die Neubefestigung wird zeitlich mit der Einweihung des Pöfener Kaiserschloßes zusammenfallen. Wie es in der Zuschrift weiter heißt, soll der Vatikan darauf hingewiesen haben, daß es nunmehr tatsächlich an der Zeit wäre, den Polen zu befehlen, denn die Lösung der Nationalitätenfrage würde nicht leichter und die Kirche hätte das größte Interesse daran, daß der Bischofsstuhl nicht länger verwaist bleibe. Der Vatikan hat zu erkennen gegeben, daß er bereit sei, die preussischen Wünsche in der Personenfrage tunlichst zu berücksichtigen. In Pöfener Domkreisen heißt es, daß die preussische Regierung erkannt habe, daß die Stellung eines deutschen Erzbischofs in Polen unhaltbar sei, man habe sich deshalb auf einen

Polen geehrt, der seine deutschfreundliche und seine vermittelungsfreundliche Gesinnung verschiedentlich dokumentiert hat.

Auch der Reichskanzler neigt zu der Ansicht, daß mit freundlicher Polenpolitik weiter zu kommen sei, als mit einer Politik der Nadelstiche. Aus diesem Grunde soll sich auch das Verhalten der Polen im Abgeordnetenhaus in letzter Zeit verändert haben, und die sonstigen Polen-Debatten auf ein Minimum eingeschränkt worden sein. Auch das Verhalten der Polen bei der Erhöhung der Rundstation spreche für eine Annäherung guter Beziehungen mit den Deutschen.

Wie bei uns Gesetze gemacht werden.

Aber dieses Thema erzählt der Berliner Korrespondent der klerikalen „Köln. Volksztg.“ folgende hübsche Geschichte:

Sie war mit einem hochgestellten Herrn bekannt, der sich große Mühe gegeben hat, ein Gesetz durchzusetzen, das in das Ressort zweier Minister fiel. Der Herr, der auch eine vornehme Hofstellung hatte, war mit den Wegen genau bekannt, welche man in solchen Fällen einschlägt, und hat sich interessanterweise keine Mühe gegeben, die betreffenden Minister für sich zu gewinnen. Er sagte sich nämlich: Im jetzigen Stadium der Sache können die Herren sich noch nicht für das Projekt engagieren, weil sie das nicht riskieren. Dränge ich sie nun, Stellung dazu zu nehmen, so werden sie der Vorhitz halber „nein“ sagen. Er hat sich also darauf beschränkt, die Minister vorläufig zu avisieren, daß er eine Aktion nach der und der Richtung unternahme, und sie gebeten, ihm nicht entgegenzuwirken, sondern sich passiv zu verhalten, bis die Frage an sie herantrete. Das sagten sie ihm zu. Nun suchte der betreffende Herr allerhand Parlamentarier für seinen Plan zu interessieren, was ihm auch gelang. Er hat sogar einen Parlamentsbeschluss bezw. Parlamentsbeschlüsse zu seinen Gunsten erwirkt. Nun kam die schwierigste Aufgabe, das heißt den Kaiser zu gewinnen. Das ist ihm nicht gelungen. Der Kaiser konnte sich für die Idee nicht erwärmen und wies ihn rund ab. Da gab er seinen Plan verloren und die Agitation für denselben auf.

Der Korrespondent fügt hinzu, er habe diese buchstäblich wahre Geschichte erzählt, um davor zu warnen, die Macht der Minister zu überschätzen. Auf den einfachen Mann wirke die goldgestickte Ministeruniform ja verblüffend, und selbst ein Pascha mit neun Köpfschweifen erscheine unbedeutend dagegen; aber es ist auch da nicht alles Gold, was glänzt.

Um etwas zu erreichen, muß man also von hinten herum an die Minister heranzukommen suchen. Selbst wenn eine parlamentarische Mehrheit für eine Sache vorhanden ist, „riskieren“ die Minister nicht, sich dafür zu engagieren. Eine trübselige Tatsache, die sowohl die Ministercharaktere wie das ganze politische System in recht häßliche Beleuchtung rückt. Wie anders steht demgegenüber doch das von den Reaktionen so viel geschmähte parlamentarische System anderer Staaten da!

Zum Minister-Wechsel.

Die „Kölnische Zeitung“ bezeichnet es als falsch, daß erst in Kiel der Rücktritt Rheinbaben's beschlossen worden sei. Schon vor der Reise dorthin seien die Personalfragen in mehrfachen Besprechungen, die Behma n-Hollweg mit dem Kaiser hatte, geregelt worden. In Kiel seien nur Formalitäten zu erledigen gewesen. Im übrigen sei es eine Legende, daß der Reichskanzler die Entlassung des Herrn v. Rheinbaben von sich aus bestritten habe. Auf dem Posten des genannten Ministers wäre ein Wechsel nicht erfolgt, wenn nicht Herr v. Rheinbaben den Wunsch seiner Versetzung in dem Augenblick geäußert hätte, in dem das Oberpräsidium der Rheinprovinz frei wurde.

Veränderungen im Reichskolonialamt.

Der Gouverneur von Kamerun, Dr. Seiß, ist in Berlin eingetroffen und man nimmt an, daß er auf einen Posten im Kolonialamt berufen wird. Dr. Seiß gehört zu denjenigen Beamten, die beim großen Reinmachen in der damaligen Kolonialabteilung in die Fremde geschickt wurden.

Konflikt im Lager der sächsischen Nationalliberalen.

Es war voraussehen, daß der Beschluß der Nationalliberalen in Chemnitz in der Angelegenheit Langhamer zum Konflikt führen wird. Dieser kam denn auch sehr bald zum Ausbruch. Am Montag hielt der nationalliberale Verein in Chemnitz eine Sitzung, in deren Verlauf neun von den Vorstandsmitgliedern ihr Amt niederlegten und den Austritt aus dem Verein erklärten. Die übrigen Vorstandsmitglieder verbleiben nur bis zu der in nächster Zeit stattfindenden Generalversammlung, wo sie gleichfalls zurücktreten wollen.

Ein „Links“-Nationalliberaler.

In Frankfurt-Lebus haben die vereinigten liberalen Parteien bekanntlich den Archivat Dr. Winter als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. In einer Kandidatenrede, die Herr Dr. Winter in Frankfurt a. O. hielt, hat er sich nach einem Bericht der „Frankfurter Odenzeitung“ eifrig bemüht, den Konservativen Liebesswürdigkeiten zu sagen. Er hat seiner Sehnsucht nach dem alten Bismarck den lebhaftesten Ausdruck verliehen und sich zu dem Ausruf hinreißen lassen: „Dieser Block muß wieder hergestellt werden, ob mit oder ohne Bismarck!“ Der liberale Kompromißkandidat hat aber nicht nur derartig um die Gunst der Konservativen gebuhlt, sondern er hat den Konservativen auch seine Unterstützung für den Fall versprochen, daß es zwischen dem konservativen Kandidaten und dem Sozialdemokraten zu einer Stichwahl käme.

Wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Frankfurt a. O. mitgeteilt wird, soll die Rede des Herrn Winter die dortigen Freisinnigen einigermassen überrascht haben.

Durchpeisung der Schiffsabgaben!

Wie die „Morgenpost“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben will, wird das Gesetz über die Erhebung

von Schiffsabgaben auf den deutschen Küsten im Reichstag nach dem Wunsch der Regierung als erste Gesetzesvorlage zur Beratung kommen. Die Reichsregierung wird sich für die mit den großen Parteien in Verbindung setzen, um eine schnelle Gesetzgebung des Gesetzes herbeizuführen. Man hofft auch, die Zustimmung Österreichs und Hollands bis spätestens zum nächsten Frühjahr herbeizuführen zu können.

Mag sein, daß die Regierung, nachdem der Entwurf durch eine Indiskretion nun einmal in die Öffentlichkeit gelangt ist, ihn rasch Gesetz werden lassen möchte. Ob das aber so glatt geht, das erscheint doch mehr als fraglich.

Die schlimmen Wirkungen der Reichsfinanzreform auf die Tabakindustrie

Schildert der Jahresbericht der Dresdener Handelskammer für 1909 recht anschaulich. Es heißt da u. a.:

„Wer da gehofft hatte, daß die Mehrbelastung des Tabaks ohne weiteres dem Käufer aufgebürdet werden könne, ist in seinen Erwartungen arg getäuscht worden. In Deutschland pflegt jedermann nur eine gewisse Summe in Genussmitteln anzulegen und schränkt seinen Bedarf ein, wenn das einzelne Genussmittel im Preise steigt. Der Verbrauch erleidet daher fast genau so viel Einbuße, als die Mehrbelastung ausmacht. Die Stockungen im Absatz führten bei den meisten Firmen zu Betriebsbeschränkungen, teilweise sogar zu zeitweiliger Einstellung des Betriebes. Die geschäftliche Zeit dürfte wenigstens noch bis zum Herbst anhalten. Daß die Zigarrenindustrie aber in absehbarer Zeit wieder ihren früheren Hochstand erreichen wird, darf billig bezweifelt werden. Welche schweren Wunden die neue steuerliche Belastung des Tabaks der deutschen Zigarrenindustrie geschlagen hat, erkennt man so recht, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Arbeiter in Folge dessen aus Lohn und Brot gekommen sind. Zu Beginn dieses Jahres sollen ungefähr 50000 Zigarrenarbeiter beschäftigungslos gewesen sein.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Die steuerliche Mehrbelastung hat der deutschen, insbesondere aber der sächsischen Zigarrenindustrie einen schweren Schlag versetzt. Die Herstellung der billigen 5- und 6-Pfg.-Zigarre ist aus Sachsen heraus und nach Süd- und Ostdeutschland gedrängt worden.“

(Dort sind bekanntlich die Arbeitslöhne am aller-miserabelsten.)

Tabakarbeiterunterstützung im badischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Montag folgende Interpellation eingereicht: „Sind die badische Regierung bereit, beim Bundesrat zu beantragen, daß den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern auch über den 1. Dezember 1910 hinaus die Reichsunterstützung gewährt wird? Will die badische Regierung rechtzeitig Vorkehrungen treffen, daß den badischen Tabakarbeitern aus dem Mitteln des badischen Staates Arbeitslosenunterstützung gewährt wird?“

Schweiz.

Die politische Polizei. Unser Berner Parteiorgan hatte in den letzten Wochen Gelegenheit, ein Dokument zu veröffentlichen, das eine Schande für eine freie Republik darstellt. Ein günstiger Wind hatte ihr ein jener Geheimzirkulare auf den Tisch geweht, das die Bundesanwaltschaft allmonatlich an sämtliche kantonalen Polizeibehörden verspricht. In diesem Dokument, das nur eins von vielen ist, befinden sich die Namen von etwa 30 Männern, die bei der Polizeibehörde als Anarchisten, Syndikalisten oder sonstige „revolutionäre Elemente“ gelten. Ein guter Teil dieser 30 Mann sind nicht in der Schweiz gewesen, sie sind von deutschen und französischen Behörden als „Anarchisten“ denunziert und folglich auch in der freien Republik vogelfrei. In dieser Liste befinden sich die Namen dreier Schweizerbürger, von denen der eine Zentralsekretär des größten schweizerischen gewerkschaftlichen Zentralverbandes ist, dessen Mitglieder zu 70 Prozent aus Schweizerbürgern bestehen, des Metallarbeiterverbandes. Unter den Ausländern befindet sich ein Genosse, der in ganz Zürich als entragierter und leidenschaftlicher Bekämpfer und Segner des Anarchismus gilt. Sämtliche 30 Opfer dieser Liste sind den kantonalen Polizeibehörden zur strengsten Aufsicht und Überwachung empfohlen. Das heißt nichts anderes, als daß diese Versammlungen, in denen die Betroffenen referieren, oder sonstwie auftreten, gleichfalls polizeilich bewacht werden müssen. Die Bundesanwaltschaft verletzt damit die schweizerische Verfassung, und fordert die Kantonsregierungen zur Verletzung der verschiedenen kantonalen Verfassungen auf. Außerdem überschreitet die sogenannte Bundesanwaltschaft damit ihre gesetzliche Kompetenz. Dieses Institut, das an und für sich eine Schande für die Schweizer Freiheit bedeutet, wurde auf Wunsch der ausländischen Regierungen errichtet und lediglich zur Handhabung der Fremdenpolizei, das heißt zur Bewachung nichtschweizerischer Revolutionäre. Würde man seinerzeit bei der Schaffung dieses Instituts nicht ausdrücklich erklärt haben, daß dasselbe niemals gegen Schweizerbürger angewendet werden dürfe, so würde es das Volk mit großer Stimmenmehrheit verworfen haben. Es ist in Zürich beispielsweise ein offenes Geheimnis, daß eine Reihe hervorragend tätiger Parteigenossen in der Gewerkschaftsbewegung von der politischen Polizei beobachtet werden, auch dann, wenn sie Schweizerbürger sind. Es genügt, nur ein wenig mehr revolutionäre Prinzipienreue zu haben, als der Durchschnitt der in der Schweiz dominierenden reformistischen Sozialisten, und sofort wird man von irgendeinem beschränkten Polizeigehirn als Anarchist rubriziert. Leider haben wir von den vielen bereits erlassenen Listen nur eine im Original in unsern Händen, die andern ruhen wohlverwahrt in kantonalen Polizeiarchiven. Die Veröffentlichung in unserm Berner Parteiorgan erregte das größte Aufsehen und veranlaßte die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats zu einer Interpellation. Genosse Brüllein sagte den Herrschaften kräftig, was ihnen zu sagen war. Als Sprecher des Bundesrats antwortete Herr Forrer, der den Beginn seiner politischen Karriere nur den Winterthurer Arbeiterstimmen dankt und der noch in jener Zeit Mitglied der demokratischen Partei wurde, als diese vor einem Lang geistig geführt wurde und als deren damalige

Stütze mit Herzen, ja sogar mit Bakunin in freundschaftlichem Verhältnis standen. Dieser Verräter an den Idealen seiner eigenen Jugend hielt eine zynische Hezrede gegen die Gefahr des Anarchismus und Antimilitarismus. Ein einziger Gedanke in seiner Rede verdient Erwähnung, und das war der, daß es ja in einem Kanton ein Sozialdemokrat selber sei, der die Weisungen der Bundesanwaltschaft als Ressortchef des Polizeiwesens ausführt. Natürlich hat Herr Forrer dieses Argument nicht gebracht, um der schweizerischen Arbeiterschaft die Augen über solche Sozialdemokraten zu öffnen, aber vielleicht hat es diese Wirkungen. Jedenfalls beweist die Rede des Bundesrats, das Verhalten der Nationalratsmehrheit und endlich das Verhalten der bürgerlichen Presse von neuem, daß unsere schweizerische Bourgeoisie bereit ist, die Prinzipien der Demokratie mit Füßen zu treten, um die Arbeiterbewegung niederzutramplen.

Frankreich.

Presse in günstiger Stichwahl. Bei der für den verstorbenen sozialistischen Deputierten Chauviere am 15. Pariser Bezirk stattgehabten Ersthauptwahl erhielt die Presse (gein. Soz.) 4815, d'Armon (Konf.) 4072 und Cherioux (Soz.-rad. 3460 Stimmen. Es ist Stichwahl erforderlich. Da der Radikalsozialist jedenfalls zugunsten Pressens zurücktreten wird, um die Wahl des Konservativen zu verhindern, so darf man sicher erwarten, daß Genosse Presse, der ausgezeichnete Kenner der auswärtigen Politik, dessen Niederlage bei der letzten Wahl von der Partei sehr schmerzhaft empfunden worden war, bald wieder der Kammer angehören wird.

Finnland.

Dem Senker überliefert. Die in Helsingfors und Wiborg stattgefundenen Verhaftungen haben bereits zu der Auslieferung der Gefangenen an die russischen Behörden geführt. Aus Helsingfors wurden acht Personen, darunter die Genossin Euba Stromow, und aus Wiborg zehn Personen an die russische Grenze geschafft, wo sie von den Kerkermeistern des Zaren liebevoll in Empfang genommen wurden. Sämtliche Gefangene werden dem Kriegsgericht übergeben. Den meisten von ihnen droht die Todesstrafe. Die russische Kriegsjustiz hat ihre Arbeit in Finnland begonnen. Ein neues furchtbares Verbrechen, ein neuer Massenmord wird vorbereitet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 6. Juli.

Achtung, Stukkateure! Über das Geschäft von Friedr. Faber in Lübeck ist die Sperre verhängt. Die Kollegen wollen das beachten. Der Vorstand.

Genosse Dr. Albert Siedekum-Berlin, Reichstagsabgeordneter für Nürnberg, wird am kommenden Dienstag abend in einer großen Volksversammlung über das Thema „Volk, Reichstag und Regierung“ sprechen. Wir machen schon jetzt auf diese Versammlung aufmerksam und erfordern unsere Genossen, überall für eine Massenkundgebung der Lübecker Arbeiterschaft zu agitieren.

Die wahren Ursachen der zahlreichen Unfälle im Baugewerbe hat der Obermeister der hiesigen Malerinnung Eder entdeckt. In der letzten Innungsversammlung berichtete dieser Herr, wie uns mitgeteilt wird, über den Berufsgenossenschaftstag und bemerkte mit tiefgründiger Weisheit, daß die zahlreichen Unfälle, die sich trotz der Unfallverhütungsmaßnahmen im Baugewerbe ereignen, darauf zurückzuführen wären, daß die Arbeiter wüßten, für ihre Hinterbliebenen oder Angehörigen sei ja bei Unfällen hinreichend gesorgt! Und keiner der anwesenden Innungsmeister sagte zu solchen hahnenbüchernen Ansinn ein Wort. Nach der Meinung des Herrn Eder ist es jedenfalls für die baugewerblichen Arbeiter ein Vergnügen, im Dienste der Unternehmer zu Krüppeln zu werden oder gar das Leben zu verlieren, wenn nur die Angehörigen eine kärgliche Rente erhalten. Wir weisen die unerhörte Unterstellung, als ob die Arbeiter die Schuld an den bedauerlichen Unfällen tragen, die sich teils infolge der ungenügenden Unfallverhütungsmaßnahmen, teils infolge der sich immer mehr steigenden Last bei der Arbeit ereignen, auf das entschiedenste zurück.

Achtung, Hausbesitzer! Mit Rücksicht auf die bevorstehende Neupflasterung der Straßen „An der Mauer“ von der Mühlenstraße bis zur Weberstraße, „Große Gröpelgrube“ von der großen Burgstraße bis zur Rosenstraße, „Beckergrube“ vom Ellerbrook bis zur Kupferknechtstraße, und der „Rochstraße“ von der Fraacksdorfer Allee bis zum Wisenweg richtet die Baudeputation an die beteiligten Grundstücksanleger die Aufforderung, etwa in Aussicht genommene neue Gießanschlüsse im Bauamt, etwa beabsichtigte neue Anschlüsse an die Gas-, Wasser- und Lichtableitungen bei der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefastanlagen alsbald anmelden zu wollen, damit einem nachträglichen Wiederaufreißen des neuen Pflasters nach Möglichkeit vorgebeugt wird. — Wir bringen diesen Erlaß der Baudeputation zur Kenntnis unserer Leser, obwohl wir von der Behörde nicht darum ersucht wurden. Die Baudeputation vertritt anscheinend den rüchständigen Standpunkt, daß nur die Momente der bürgerlichen Presse, soweit sie Grundstücksanleger sind, zu wissen brauchen, wenn Straßenpflasterungen vorgenommen werden sollen. Für Sozialdemokraten oder Leser des „Volksboten“ wird das Pflaster jedenfalls nachträglich gern wieder aufgerissen.

Was alles „in die Zeitung“ soll. Das Organ der bürgerlichen Zeitungsverleger schreibt: „Zeitungsgeheimnisse, werden in der Regel nicht von den Redakteuren, sondern von dem Publikum geliefert, insbesondere von den Stammtischrednern, die oft nichts Besseres zu tun wissen, als den besten Biertischplatz nach entsprechendem Breittreten auch noch an ihr „Leibblatt“ zu berichten. Das muß in unsere Zeitung“, so lautet die gegenseitige Anfeuerung zur literarischen Mitarbeit in der Zeitgeschichte. Die Redakteure und Verleger trifft dann nunmehr die Schuld der zu großen Nachgiebigkeit gegenüber solchen unberechtigten Forderungen, die weder durch ein öffentliches Interesse noch durch ein mildernes Moment begründet sind. Besonders bei kleineren Blättern ist die Lokalrubrik oft nur mehr ein Platz für Vereins-, Sport-, Vergnügungs- und Geschäftsreklamen, gesellschaftlichen Klatsch, persönliche Lobhudeleien und Phrasengefingel. Das kann man bei der bürgerlichen Presse Lübecks hauptsächlich beobachten. (Red. d. V. B.) Die Lieferanten sind in der Regel persönlich interessierte Leser, Vereine und Unternehmer, und wehe dem Redakteur, der nicht alles „märklich“ ohne zu streichen“ annimmt. Die Interessen der Allgemeinheit, des guten Ge-

Schmack, die Anschuldigungen des durchweg größeren Teils der vernünftigen Abonnenten werden rücksichtslos mit Füßen getreten. Die vernünftigen Leute sind eben meist zu anständig, als daß sie gegen einen derartigen Preiskurs energisch auftreten wollten. Glücklicherweise gibt es aber noch Redakteure genug, die den ungerufenen Mitarbeitern gegenüber etwas auf die Würde der Zeitung und der Lokalkorrespondenten halten. Ihr Amt ist allerdings ein dornenwollenes, denn bequemer wäre es ja, jede Einsendung einfach in die Segerei zu geben, anstatt Stundenlang zu sichten, zu streichen, zu verbessern, umzuarbeiten, sowie sich brieflich, telephonisch und mündlich mit den gekränkten Einsendern wegen der Änderung und Ablehnung herumzusprechen. Man muß von Zeit zu Zeit einmal wieder auf diese Mängel aufmerksam machen, damit die überflüssigen Notizen aus den Spalten verschwinden.

Dazu bringen einige Blätter folgende Anmerkung: Diese Ausführungen sind nur allzu berechtigt. Was in fraglicher Beziehung den Zeitungsredaktionen mitunter zugemutet wird, ist ganz unglücklich. Leute — in der Regel sind es fanatisierte Vereinsmänner — die vom Zeitungsweien so viel verstehen wie vom Sanskrit, schreiben in anmaßendster Weise den Zeitungsredaktionen vor, in welcher Form und in welchem Umfang ein Bericht über irgend eine unbedeutende Vereinsversammlung usw. in der Zeitung abgedruckt werden soll. Streicht dann der Redakteur irgend welche Ausführungen, weil diese kaum fünf Leser interessieren oder die Zeitung und mitunter auch den Verein usw. dem Gespött der urteilsfähigen Leser aussetzen, oder bringt der Redakteur das Berichtete auch nur in eine stilistisch einwandfreie Form, so kennt der Born des Einsenders über die an seinem Bericht verübte „Verfälschung“ keine Grenzen. Man schreibt der Redaktion einen groben Brief, droht mit Entziehung des Abonnements, der Inserate und so weiter, Heranziehung der Konkurrenz und dergleichen mehr, und glaubt dann wunder, welchen Schrecken man dem unglücklichen Redakteur eingebracht hat. Man sollte sich so etwas abgewöhnen. Jede Zeitungsredaktion nimmt Einsendungen auf, die sich irgendwie zur Aufnahme eignen; gelangt aber eine Einsendung gar nicht oder nur teilweise oder in veränderter Form zum Abdruck, so kann man sich darauf verlassen, daß der Redakteur dafür sehr triftige Gründe hat. Es gibt ja Zeitungsredaktionen, von denen unbeschrieben alles aufgenommen wird, aber die anständigsten sind es nicht.

Was hier gesagt wird, gilt zwar in erster Linie für bürgerliche Blätter, immerhin ist verschiedenes darin, was auch unsere Leser interessieren wird.

Im Juli werden die Tage schon wieder erheblich kürzer, im Laufe des Monats beträgt ihre Abnahme eine Stunde und 9 Minuten. Die Sonne, die uns am 1. Juli um 3 Uhr 43 Minuten begrüßte und um 8 Uhr 24 Minuten verließ, erscheint am letzten Tage des Monats erst um 4 Uhr 18 Minuten und scheidet bereits um 7 Uhr 53 Minuten von uns. Die Phasen des Mondes sind im Juli dieses Jahres die folgenden: Am 6. Neumond, am 14. erstes Viertel, am 22. Vollmond und am 29. letztes Viertel. Am 4. und 20. Juli befindet sich unsere große nächtliche Leuchte in Erdnähe, am 5. und 16. Juli hingegen in Erdferne.

Den Schwund mit Photografiervergrößerungen betriebe der hier wohnhafte Reisende Sch. Er suchte namentlich Frauen zu bewegen, ihm Bestellungen zur Vergrößerung von Photographien aufzugeben und ließ sich, wo es ihm möglich war, einen Teil der dafür auszubehangenen Summe im voraus zahlen. In der Regel erhielten die Besteller weder die Vergrößerung noch das Originalbild zurück, da Sch. nicht einmal Vertreter, viel weniger Inhaber einer sog. Vergrößerungsanstalt war. Vor dem Schöffengericht hatte sich gestern Sch. wegen 15 derartiger Betrugsfälle zu verantworten. Die Verhandlung kam jedoch nicht zu Ende, sondern wurde bis nächsten Donnerstag mittag vertagt.

Handelsregister. Am 5. Juli 1910 ist eingetragen: 1. bei der Firma: Hermberg'sche Lithograph. Anst. u. Steindruck in Lübeck; Dem W. Hermberg und dem G. Hartwig, beide in Lübeck, ist Gesamtpatenschaft erteilt; 2. bei der Firma: Holsten-Bank, Abteilung Lübeck, Hauptniederlassung Neumünster, Zweigniederlassung Lübeck; Die dem Georg Kjaerboe in Neumünster erteilte Procura ist erloschen.

Die Wassermärkte des Radebecker Sees betrug gestern nachmittag 18 Grad, Badeanstalt Falkendamm (Wakenitz) 18 Grad.

Die Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Bfg. für je 20 Gr.) ist für die nächste Zeit folgende: „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremerhaven 12. Juli, „Kaiserin Augusta Viktoria“ ab Hamburg 14. Juli, „Prinz Friedrich Wilhelm“ ab Bremerhaven 19. Juli, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremerhaven 26. Juli, „Amerika“ ab Hamburg 28. Juli, „George Washington“ ab Bremerhaven 2. August, „Cincinnati“ ab Hamburg 4. August, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremerhaven 9. August, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremerhaven 16. August. (Wolfschluß nach Antunft der Frühzüge.) Alle diese Schiffe, außer „Cincinnati“ und „Cleveland“, sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Donnerstag geht neu einstudiert Victorien Sardous Lustspiel „Madame Sans-Gene“ in Szene. Das gesamte Personal ist beschäftigt. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Michael Wichon. Freitag wird in der Stadthalle das Schönthau-Kabelburgische Lustspiel „Der Herr Senator“ gegeben, während das Operetten-Gesamte „Der Vogelhändler“ zur Aufführung bringt mit Herr Willi Bonin als Gast. Den vielfachen Wünschen des Publikums entsprechend, wird Herr Eduard Goebel am Sonntag nochmals den „Eymon“ in Mittelsitz, „Der Bettelstudent“ folgen. Als nächste Neuheit ist Max Dreyers Komödie „Des Pfarrers Tochter von Stralendorf“ in Vorbereitung.

Enin. Gegen die Übertragung des neuen oldenburgischen Schulgesetzes auf das Fürstentum Lübeck hat der Landeslehrerverein des Fürstentums Lübeck in einer scharfen Resolution Protest eingelegt. Ob es etwas nützen wird?

Hamburg. Die Hamburger Beamenschaft nahm in einer von etwa 9000 Personen besuchten Versammlung zur neuen Befoldungsvorlage Stellung. Nach Referaten von zwei Bürgerchaftsmitgliedern wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Velodrom versammelten hamburgischen Beamten sprechen ihr Bedauern aus, daß die von Einem Höchsten Senat der Bürgerchaft überreichte Gehaltsvorlage den berechtigten Wünschen der hamburgischen Beamten durchaus nicht entspricht. Sie stellen fest: 1. daß die den meisten Beamtengruppen insbesondere in den Anfangsgehältern zugehörigen Erhöhungen keineswegs, ausreichen, einen genügenden Ausgleich gegenüber den durch die wirtschaftliche Entwicklung geschaffenen Lohnerhöhungsverhältnissen herbeizuführen, 2. daß eine Verringerung der Zahl der

Alterszulagen, die Erhöhung der Einzelbeträge derselben und eine Verkürzung der Zulagefrist unbedingte notwendig ist, um eine den tatsächlichen Lebensverhältnissen entsprechende Bemessung der Gehälter herbeizuführen. 3. daß, trotzdem in der Väterenschaft wiederholt die Notwendigkeit einer Vereinfachung anderer Gehaltssysteme betont worden ist und auch die Beamtenschaft in zahlreichen Petitionen die Verringerung der Gehaltsklassen angestrebt hat, auch die gegenwärtigen Anträge eines Höchsten Senats nicht geeignet sind, die für eine durchgreifende Regulierung der Beamtenschaft unerläßliche Grundlage zu schaffen. 4. daß die Vorlage keinerlei Bestimmungen enthält über die Anrechnung der Militärdienst- und Diätarjahre. 5. daß die von Einem Höchsten Senat in Vorschlag gebrachte Rückdatierung der Vorlage auf den 1. Januar 1910 als durchaus unzureichend anzusehen ist. In Unbetracht der erheblichen Mängel der Vorlage und der nicht zu verkennenden Tatsache, daß durch Annahme derselben ableiten der Väterchaft eine Veruhigung der Beamtenschaft und ein Abschluß der Gehaltsregulierung nicht zu erzielen ist, ersuchen die hamburgischen Beamten die Bürgerchaft, zwecks gründlicher Prüfung der Gehaltsvorlage und der von der Beamtenschaft geäußerten Wünsche die Senatsvorlage an einen Ausschuss zu verweisen. Um die Beamtenschaft unter der hierdurch bedingten Verzögerung keine weitere Benachteiligung erleiden zu lassen, werden Ein Höher Senat und die Bürgerchaft in Ansehung der bedrängten Lage der minderbesoldeten Beamten ferner dringend ersucht, auf die erforderlichen Gehaltserhöhungen, zunächst für die Jahre 1908 bis 1910 eine angemessene Abschlagszahlung — mindestens in Höhe eines Monatsgehalts — zu gewähren. Endlich wolle die Bürgerchaft Einem Höchsten Senat ersuchen, nunmehr baldigst die von der Bürgerchaft wiederholt erbetene Regelung der Befoldung der Nichtfestangestellten unabhängig von dem Gange der gegenwärtigen Gehaltsregulierung vorzunehmen, sowie auch eine Verbesserung der Lage der Altpensionäre und Witwen herbeizuführen.“

Altona. Der Provinzialparteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck findet am 2. und 3. Oktober in Ottenen im Lokale „Ottenenser Park“ statt.

Neumünster. Zur Leutenot auf dem Lande. Die Herren Agrarier können den Mund nicht voll genug nehmen, um ihre Gründe über die Ursachen der Leutenot auf dem Lande vorzutragen. Daß sie dabei im eigenen Interesse die wahren Gründe verschweigen, ist eine längst erwiesene Tatsache. Wenn alle Bemühungen versagen, dann müssen in vielen Fällen die von der steinerhaltenden Bevölkerung erhaltenen Soldaten einspringen. Aber nicht genug, daß sie den freien Arbeitern den Verdienst wegnehmen, sie sind auch noch gezwungen, den Lohn zu drücken zu spielen. Der Landmann H. Holtorf in Groß-Nepe bei Neumünster wandte sich in seiner Not um Arbeitskräfte an das hiesige Infanterieregiment Nr. 163, und es wurden ihm auch vier Mann zum Rübenpflanzen überwiesen. Aber selbst diesen vier Vaterlandsverteidigern, die doch in der Kaserne sicher nicht verwöhnt worden sind, wollte es bei freier Beschäftigung und 2 Mk. Lohn pro Tag nicht recht bei H. behagen, bekamen sie doch vom Dienstag bis zum Freitag überhaupt kein Fleisch. So verließen die vier, bevor ihr Kommando erlobigt war, dies Colorado und kehrten zu den Fleischtöpfen der Kaserne zurück.

Riel. Die Bezeichnung „Stellvertreter Gottes auf Erden“ strafbar. Den Titel „Stellvertreter Gottes auf Erden“, den einst der Zentrumsgesandte im Reichstage geprägt hat, hält die Strafkammer des Kieler Landgerichts für strafbar, wenn er von der Presse gebraucht wird. Unser Kieler Parteivorstand, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, hatte zwei Kriegsgerichtsberichte veröffentlicht. Der eine Bericht gab die Verhandlung gegen einen Feldwebel des Infanterieregiments Nr. 85 vor dem Flensburger Kriegsgericht wieder, der wegen fortgesetzt wissentlich unrichtig erstatteter Meldungen angeklagt war. Das Gericht hatte während der Verhandlung und der Verkündung des Urteils die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das war scharf kritisiert worden und daran die Bemerkung gefügt: „Es wäre ja auch schrecklich gewesen, wenn der deutsche Staatsbürger erfahren hätte, daß ein leibhaftiger preussischer Feldwebel, also ein avancierter Stellvertreter Gottes, gegen den § 134 des Militärstrafgesetzbuchs und gegen den § 173 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstoßen hat.“ Der zweite Bericht betraf eine Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht der Disziplinierung in Kiel. Ein betrunkenen Matrose vom Artillerie-Lender „Drache“ war von einem Maschinenmaat wegen nicht vorgeschriebenen Grüßens angehalten worden. Der Matrat hatte darauf einen Schlag mit einem schärfen Gegenstand ins Gesicht erhalten. Der Matrose wurde zu der erorbitanten Strafe von 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Bericht war das taktlose Benehmen vieler Vorgesetzten gegen betrunkenen Soldaten mit den Worten kritisiert worden: „Durch diese Verletzung seiner Hoheit des Unteroffiziers und Stellvertreters Gottes auf Erden ist leider schon so viel Unheil anacretet worden.“ Gegen den verurteilten Redakteur, Gen. Breccour, wurde wegen Beleidigung der beiden Unteroffiziere Anklage erhoben. Das Gericht kam im ersten Falle zur Freisprechung, weil sich die Kritik tatsächlich gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit gewendet habe. Im zweiten Falle erkannte es auf 60 Mark Geldstrafe, weil hier aus dem Bericht hervorgehe, daß durch den Ausdruck „Seiner Hoheit des Unteroffiziers und Stellvertreters Gottes auf Erden“ die Mißachtung gegen den Matrat zum Ausdruck gebracht werden sollte. Der Staatsanwalt hatte für jeden Fall acht Tage, insgesamt zehn Tage Gefängnis beantragt. Einen Antrag des Verteidigers des Angeklagten, den Redakteur Alder in Kiel, den Schriftsteller v. Gerlach in Berlin, den Schriftsteller Karl Frohne in Altona und den Reichstagsabgeordneten Naumann in Berlin als Zeugen zu vernehmen, daß die Bezeichnung des Unteroffiziers als „Stellvertreter Gottes auf Erden“ in der Journalistik gang und gäbe sei und daß sie sie selbst schon häufig gebraucht haben, ohne an eine Beleidigung einzelner Angehörigen des Heeres auch nur zu denken, lehnte das Gericht ab.

Rostock. Vom mecklenburgischen Liberalismus. Die Liberalen in Mecklenburg sind nicht in der Lage, ein Parteiblatt zu unterhalten. Die „Rostocker Ztg.“, die eine Zeitlang im Besitze des liberalen Landeswahlvereins war und von einer Gesellschaft, die aus Vorstandsgliedern des liberalen Landesvereins zusammengesetzt war, geleitet wurde, ist nämlich wieder in den Besitz einer Privatperson übergegangen. Opferwilligkeit in politischen Dingen ist eine Tugend, die man bei den Liberalen vergebens suchen wird.

Schiffsnachrichten.
In Travemünde angekommene Schiffe.
Dienstag, den 5. Juli.
D. Halland, Kapl. Kollberg, von Kopenhagen in 12 St.
D. Germania, Kapl. Dellgren, von Neerasham in 28 St.
D. Gauthiod, Kapl. Rosengren, von Kalmar in 28 St.
D. Loreckne, Kapl. Jörgensen, von Steuens in 2 T.

Emmanuel, Kapl. Kähmussen, von Sondrune in 8 T.
Emma, Kapl. Jansson, von Carlsborg in 10 T.
Baquetten, Kapl. Jansen, von Stege in 8 T.
D. Hornsee, Kapl. Culer, von Gmden in 2 T.
Marie, Kapl. Urndt, von Ströby in 10 T.
D. Pomerania, Kapl. Lüthgens, von Rosenberga in 2 T.
D. Meta, Kapl. Romer, von Fehmarn in 3 1/2 St.
Kronau, Kapl. Holm, von Sahnitz in 8 T.
Ondergering, Kapl. de Groot, von Habersleben in 8 1/2 T.
Hjord, Kapl. Münter, von Metkil in 4 T.
D. Schacht Steenbeck, Kapl. Weiland, von Geisle in 8 T.
D. Nota, Kapl. Brad, von Apentade in 11 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.
Montag, den 4. Juli.

D. Ulbeck, Kapl. Lundin, nach Kopenhagen.
D. Triton, Kapl. Karsson, nach Warberg.
Tuhamaator, Kapl. Hellström, nach Warberg.

Dienstag, den 5. Juli.
Christine, Kapl. Ohlssen, nach Alborg.

Schiffsbewegungen.
D. Uscalia, Kapl. Brintmann, ist Montag abend aus Danzig nach Witorg abgegangen.
D. Primula, Kapl. B. Nyberg, ist Montag nachmittag in Reval angekommen.
D. Morala, Kapl. Guitaffson, ist gestern nachmittag 1 Uhr von Sundsvall auf hier abgegangen.
D. Wiborg, Kapl. Karstedt, ist gestern mittag von Walskom nach Kolbing abgegangen.
D. Negir, Kapl. L. U. Favorin, ist gestern mittag von Selkingen auf hier abgegangen.

Literarisches.

Aus der Käferwelt. Mit Rücksicht auf die Beziehungen der Kerse zur menschlichen Kulturgeschichte von Prof. Karl Sajo. Leipzig 1910. Verlag von Theod. Thomas. Preis 1 Mk., geb. 1,60 Mk. Von den Buchbeilagen, welche die Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft (Geschäftsstelle: Theod. Thomas in Leipzig) ihrer Zeitschrift „Natur“ für den Abonnementspreis von jährlich 6 Mk. gratis beigibt, liegt nunmehr auch die fünfte in obigem Bände vor. Der Verfasser behandelt in seinem Buche nur die Vertreter verschiedener Familien der Käferwelt, diese aber um so ausführlicher, da er von dem Gesichtspunkte ausgeht, daß man nur dann einen richtigen und sicheren Blick in das Naturleben gewinnen kann, wenn man etwas tiefer in die überaus reichen Einzelheiten der Lebewesen eindringt. Sajo hat es meisterhaft verstanden, in die Beschreibungen der einzelnen Käfergattungen seine persönlichen Erfahrungen und langjährigen Beobachtungen einzutragen und den großen Einfluß, den die Kersewelt auf die Entwicklung der menschlichen Kultur ausgeübt hat, zu schildern. Infolgedessen ist das ganze Buch nicht in jenem trockenen, dozierenden Tone des Wissenschaftlers geschrieben, sondern es ist eine anregende, belehrende und zugleich unterhaltende Lektüre. Gerade aus diesem Grunde wird das Werkchen von den weitesten Kreisen der naturwissenschaftlich Interessierten mit großem Genuß gelesen werden. „Nur solche Kerse“, schreibt z. B. der Verfasser wörtlich, die den Menschen unmittelbar bedrohen, sein Leben und seine Gesundheit, sowie das Leben seiner Haustiere gefährden, sollte man ganz ausrotten; so z. B. die Stechmücken, einige Fliegenarten, Flöhe, Wanzen und dergl. — Ich würde das Schampiel, das sich mir seit meiner Kindheit alljährlich abends in den Inuitagen bietet, wenn die Walker die Luft beleben, wirklich ungern vermissen, weil ich ein möglichst reges Naturleben um mich zu haben wünsche. Und endlich: weil — soweit meine Erinnerung reicht — die angenehmsten Stunden meines Lebens eigentlich doch nur Menschen bereiten haben, solche, die teils schlecht, teils dumm, teils beides waren.“ Nicht unerwähnt bleibe, daß der Band mit 26 schönen Abbildungen nach Originalen bekannter Münchener Maler geschmückt ist.

Der „Wahren Jacob“ ist die 14. Nummer des 27. Jahrganges im Umfange von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor:

Bilder: Bierkriegs-Ideale. Von Rud. Wolf. — Kavalierurteil. Von M. Banelow. — Beruhigung. Von G. Erf. — Konkurrenten. Von R. Kost. — Gerichtet! Gerettet! Von M. Banelow. — Damen vom Tierkühnverein. Von R. Kost. — „Ut de Angst kommt man nich rut!“ Von Leo. — Der gutmütige Michel. Von R. Mayer. — Das gestörte Jöhl. Von Leo. — Die gemeinsame Rot. Von G. Schilling. — Resignation. Von R. Wolf. — Im Zweifel. Von G. Erf. — Im russischen Staatsrat. Von G. G. Jenksch. — Agrarische Wünsche. Von R. Kost. — Der Gauner. Von R. Wolf. — Ursache und Wirkung. Von Th. Franck. — Münchener. Von R. Gieß. Legt: Die rote Flut. Von A. T. — Die feindlichen Brüder. Von P. E. — Dornburg. Von Lehmann. — Der Landrat Schröder. Von Balduin. — Kopfschütteln. Von H. Fl. — Warnung. Von Balduin. — Klagegesang der Berliner Stadtsynode. Von Tobias. — „Lieber Jacob!“ Von Jotthilf Naufe. — Deutsche Mannen. Von P. E. — Zuchtbaus-Komfort. Von Tobias. — Die höchste Instanz. Von Hans Reiter. — Frühjahrspatade. Von P. E. — Aus seinen Kreisen. Von Tobias. — Was sich Vater Filuzius notierte. Von T. — Berliner Sommerstille. Von Lehmann. — Ein Dichterheim. — Garbelegen. Von Balduin. — „De Gebuid ist endlich alle.“ — Lüthgers Antwort auf die Borrondaus-Enzyklika. — Ein Jaternier. — Oberbayerische Bauernburschenhymne. — Gedanten eines Bureaufkraten. — Ein-zeitgemäher Briefwechsel. — Usw. usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Bfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Von der Lieferungs Ausgabe Bebel, **Mein Leben**, ist soeben Heft 6 und 7 zur Ausgabe gelangt. Es ist mit dieser Ausgabe ein in weiten Kreisen vielfach geäußertes Wunsch in Erfüllung gegangen. Preis der alle 8 Tage von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Hefte a 10 Bfg. Sämtliche Partei- sowie sonstige Buchhandlungen und Kolporteurs übernehmen die Auslieferung.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung, Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen der werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Inserate

Die Verteilung des Großgrundbesitzes in Polnisch-Oberschlesien.

Zu der Nachricht über den Erwerb der in den Kreisen Lublitz und Groß-Strehlitz in Oberschlesien gelegenen 106 500 Morgen großen Besitzungen des verstorbenen Reichstags-Präsidenten, Grafen Stolberg-Wernigerode, durch den Grafen Thiele-Winkler, wird es am Platze sein anzugeben, wie gering die Zahl der deutschen Großgrundbesitzer in Polnisch-Oberschlesien ist, welche ungeheure Flächen Landes ihr eigen nennen. In Betracht kommen nur diejenigen fünfzehn ländlichen Kreise Oberschlesiens, welche nach der Volkszählung vom Jahre 1905 mehr als 50 Proz. polnischer Bevölkerung haben. Es sind das die Kreise: Beuthen, Cosel, Ratibor, Kreuzberg, Lublitz, Neustadt, Oppeln, Pleß, Ratibor, Rosenburg, Rybnik, Groß-Strehlitz, Tarnowitz, Loß-Gleiwitz und Zabrze, deren Gesamtbevölkerung am 1. Dezember 1905 1 512 464 betragen hat.

Die Verteilung des deutschen Großgrundbesitzes in diesen Kreisen zeigt uns nachstehende Tabelle, welche auf Grund des Schlesischen Güteradreibuches vom Jahre 1909 bearbeitet wurde und in unserem Ratibor-Parteiblatt „Gazeta Robotnicza“ zur Veröffentlichung gelangte.

Größe des Grundbesitzes in Hektar	Zahl der Grundbesitzer	Gesamtfläche in Hektar
100—200	42	6203,12
200—300	32	8173,52
300—400	20	7272,58
400—500	19	8348,65
500—600	22	12969,44
600—800	14	8986,08
700—800	12	8932,9
800—900	10	8325,8
900—1000	5	4710,7
1000—1500	26	30940,11
1500—2000	14	24409,16
2000—3000	10	23264,31
3000—4000	9	30370,0
4000—5000	5	22931,5
5000—6000	1	5810,0
6000—7000	3	20309,5
7000—8000	1	7165,4
8000—9000	3	25852,0
10000—20000	3	39232,19
20000—30000	3	73945,5
30000—40000	1	33394,5
40000—50000	2	81438,0
über 50000	1	96819,8

Es ergibt sich also, daß im Jahre 1909 258 Großgrundbesitzer in den 15 ländlichen Kreisen Polnisch-Oberschlesiens über 589 903,86 Hektar Fläche, was 55,62 Proz. der Gesamtfläche dieser Kreise ausmacht, verfügten. Eine kleine Handvoll von 258 Personen besaß demnach über die Hälfte des polnischen Teiles Oberschlesiens. Recht drastisch tritt das Ungeheure dieser Konzentration von Grund und Boden hervor, wenn wir zwei große Kategorien von Großgrundbesitzern unterscheiden: 1. von 100—1000 und 2. über 1000 Hektar. Es stellt sich dann heraus, daß in der ersten Gruppe 176 Großgrundbesitzer mit insgesamt 72 922,69 Hektar, in der zweiten Gruppe 82 Großgrundbesitzer mit insgesamt 516 981,17 Hektar Fläche vorhanden waren. Mit anderen Worten:

82 Latifundienbesitzer der zweiten Gruppe hatten im Jahre 1909 mehr als siebenmal soviel Grund und Boden als 176 Grundbesitzer der ersten Gruppe. Diese 176 Grundbesitzer besaßen wiederum sogar etwas weniger als die drei Grundbesitzer der zweiten Gruppe in der Kategorie von 20 000 bis 30 000 Hektar Fläche. Sieben Personen der zweiten Gruppe in den 4 höchsten Kategorien hatten beinahe viermal soviel Grund und Boden als 176 Grundbesitzer der ersten Gruppe. Es waren das die folgenden Besitzer:

1. Fürst, Domänen- und Bergfiskus . . . 96 919,3 Hektar
2. Herzog von Meß 42 001,0
3. Fürst von Pleß 40 437,0
4. Herzog von Ratibor 38 394,5
5. Fürst zu Stolberg-Wernigerode 26 517,0
6. Prinz Hohenlohe-Ingelfingen 25 486,0
7. Graf Henckell Fürst von Donnersmarkt 21 942,2

Insgesamt hatten diese sieben Besitzer „nur“ 286 697 Hektar Fläche oder 27 Prozent, d. h. über ein Viertel Polnisch-Oberschlesiens! Die Besitzungen des Fürsten zu Stolberg-Wernigerode sind nunmehr in die Hände des Grafen v. Thiele-Winkler übergegangen. Graf v. Thiele-Winkler hatte nach dem Schlesischen Güteradreibuch im Jahre 1909 Güter im Umfange von 14 380,0 Hektar. Dank dem nunmehrigen Erwerb besitzt er jetzt Güter in einem Gesamtkomplex von 40 897,3 Hektar Fläche.

Von der Gesamtfläche des deutschen Großgrundbesitzes in Polnisch-Oberschlesien waren im Jahre 1909 fideikommissarisch 258 128,45 Hektar gebunden, was 24,33 Proz. der Gesamtfläche der 15 Kreise betragen hat. In den einzelnen Kreisen betrug der Großgrundbesitz von dem Gesamtareal des betreffenden Kreises:

Kreis	Prozent
Beuthen	45,32 Proz.
Ratibor	43,53
Lublitz	64,75
Oppeln	51,26
Ratibor	47,59
Rybnik	47,14
Tarnowitz	75,09
Zabrze	48,68
Cosel	55,89
Kreuzburg	61,69
Neustadt	37,84
Pleß	51,66
Rosenburg	64,31
Groß-Strehlitz	65,06
Loß-Gleiwitz	64,03

In der Gesamtzahl von 258 Großgrundbesitzern waren im Jahre 1909: 64 gewöhnliche Adelige, 14 Barone und Freiherrn, 32 Grafen, 7 Fürsten und Herzöge und 3 Könige (von Preußen, Sachsen und Württemberg.) Der König von Preußen besaß 10 389,89 Hektar. Insbesondere nannten ihr eigen:

Kategorie	Fläche in Hektar
Gewöhnliche Adelige	70 520,77
Barone und Freiherrn	11 458,25
Grafen	117 707,56
Fürsten und Herzöge	108 616,60
Könige	21 635,89

Das macht im ganzen „nur“ 419 939 Hektar. Wenn wir in Betracht ziehen, daß in den Händen des Fiskus 96 919,3 Hektar waren, so folgt, daß die 137 Personen bürgerlicher Herkunft nur 73 045,39 Hektar Fläche hatten. Beinahe die Hälfte von Polnisch-Oberschlesien war also im Jahre 1909 im Besitze von nur 120 Adels- und Magnatenfamilien.

Vergegenwärtigen wir uns, daß viele dieser Magnatenfamilien im ober-schlesischen Industriebezirk noch manche Kohlen- und Erzgruben, Hütten und andere industrielle Anlagen besitzen, daß die schwere Industrie außerdem in Händen von ebenfalls riesigen Aktiengesellschaften vereinigt ist, daß der Fiskus ebenfalls über ausgedehnte Kohlen- und Hüttenwerke verfügt, so haben wir vor uns das Bild der gottgewollten kapitalistischen Ordnung in Polnisch-

Oberschlesien. Auf der einen Seite eine Handvoll von Ausbeutern, auf der andern dagegen Hunderttausende polnischer Industrie- und Landproletarier, deren Lebensaufgabe darin besteht, ihren Ausbeutern fortwährend neuen Mehrwert zu schaffen und selbst in Not und Elend dahinzugehen.

Polnisch-Oberschlesien ist fürwahr das Land, wo das Unfsinnige der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf die Spitze getrieben ist.

Aus der Partei.

Freigesprochenen Straßendemonstrant. Wegen Veranstaltung eines öffentlichen Umzuges ohne polizeiliche Genehmigung wurde Genosse Clement vom Schöffengericht in Orlau zu 20 Mark Strafe verurteilt. Die Strafkammer in Breg erkannte auf Freisprechung. Clement hatte eine Deputation von arbeitslosen Orlauer Tabakarbeitern, die eine Petition auf dem Rathause abgeben wollten, nach dort begleitet. Hierin sah die Polizei einen öffentlichen „Umzug“. — „Jetzt kann die Gesellschaft machen, was sie will“, sagte nach der Verhandlung einer der als Zeuge vernommenen Polizisten.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen nach dem Kampf im Baugewerbe. Nach Beendigung der allgemeinen Ausperrung regen sich die Bauarbeiter in den Orten, in welchen nicht ausgeperrt wurde. Hier mußten während des großen Kampfes die berechtigten Wünsche der Arbeiter zurückgedrängt werden. Nun aber fordern diese auch ihr Recht und die erfolgreich abgeschlossene Bewegung hebt das Selbstvertrauen und den Kampfesmut der Mitglieder. Die Maurer in Sorau in der Lausitz haben sich in wenigen Tagen eine Lohn-erhöhung von 5 Pfg. und einen zweijährigen Vertrag erungen. Seit 10 Jahren bemühten sie sich um die Anerkennung der Organisation und eine geordnete Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Ungunst der Verhältnisse und die rückständigen Anschauungen der Unternehmer bewirkten, daß die Bemühungen der Arbeiter erfolglos blieben. Auch in diesem Jahre ließen sich die Unternehmer auf keine Verhandlung ein. Dann wurde der Bürgermeister um Vermittlung ersucht, der es vermag, den Maurern über das Resultat seiner Bemühungen Bericht zu erstatten. Schließlich rief den Arbeitern die Geduld und sie griffen zum partiellen Streik, der zur Folge hatte, daß die Unternehmer einen Tarif anerkannten, der eine sofortige Lohn-erhöhung von 3 Pfg. und vom 1. April 1911 weitere 2 Pfg. zusichert. Die Maurer in Oldenburg (Markt) setzten durch Verhandlungen 2 Pfg. Lohn-erhöhung pro Stunde durch. Auf den städtischen Anstaltsbauten in Busch besteht seit dem 1. Juli 1907 kein Vertrag. In diesem Jahre beginnt die Stadt Berlin wieder umfangreiche Bauarbeiten, zu deren Fertigstellung 6—8 Jahre in Aussicht genommen sind. Gegenwärtig sind bereits 250 Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigt. Durch Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Baugeschäfte und dem Maurer- und Bauhilfsarbeiterverband ist unter Zustimmung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter ein Vertrag auf drei Jahre geschlossen worden, der eine Lohn-erhöhung von 6½ Pfg. bringt. 2½ Pfg. treten am 1. Oktober d. Jz., 3 Pfg. am 1. Oktober nächsten Jahres, und 1 Pfg. am 1. Juli 1912 in Kraft. Der Maurerlohn beträgt dann 74 Pfg. pro Stunde. In Straußberg i. M. haben die Bauarbeiter in der vorigen Woche die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer lehnten es beharrlich ab, den Bauhilfsarbeitern eine Lohn-erhöhung zu bewilligen.

Lohnbewegung der Weber im Culenberge. In der Stätte des klassischen Weberelends, im schlesischen Culenberge, steht ein neuer großer Kampf der Textilarbeiter bevor. Die Unternehmer, noch genau so hartherzig wie 1844 und

Unter dem Äquator.

Javanisches Sittenbild von Friedrich Gerstäcker.

32. Fortsetzung.

„Aha, Geffken hat sie neugierig gemacht“, lachte Wagner, „und nun die Gefahr gleich zu kennen, der sie ausgesetzt ist, rückt sie derselben direkt in die Zähne. Red bleibt das immer und ganz geschickt odendrein; nach der Einleitung aber, die Du, wie mir scheint, gemacht hast, werd' ich Dich bitten, mich zu entschuldigen, nicht allein meiner, sondern auch der jungen Dame wegen, die wir doch hier in Batavia nicht in bösen Leumund bringen wollen, nur damit Du einer Gardinepredigt entgehst. Außerdem möcht ich Dich bitten, mir zu sagen, wie Du Dir das ungefähr gedacht hast, wenn Du Fräulein Vernold — die sich bis jetzt noch für die Dir bestimmte Gattin halten muß, bei — Revrouw van Roeken einführen willst.“

„Alle Teufel!“ rief van Roeken erschreckt, daran hab ich noch nicht einmal gedacht. Aber Du hattest mir ja doch versprochen, alles mit ihr abzumachen.“

„Wenn es sich um eine Schiffsladung Pfeffer oder Kaffee handelte“, sagte Wagner kalt, „so wäre es auch schon abgegangen. Daß diese Sache anders angefaßt sein will, scheint Du noch immer nicht zu begreifen.“

„Aber meine Frau!“ stöhnte van Roeken.

„Zum Henker auch“, rief Wagner ungeduldig, „mach mit ihr, was Du willst; warum hast Du Deine eigene Torheit gegen diesen Geffken ausposaunen müssen; jetzt begegne auch den Folgen. Schütze dabei vor, wen Du willst, nur bitte ich Dich ernstlich, mich aus dem Spiel zu lassen, denn Du weißt besser, als ich es Dir sagen könnte, wie rasch sich hier in Batavia das geringste verächtliche Gerücht in allen Familien verbreitet. In dem Verhältnis aber, in dem ich zu Romelaers stehe, könnte es mir, wie Du wohl begreifen wirst, nicht wünschenswert sein, den Verdacht auf mich zu laden, als ob ich noch nebenbei eine Liebchaft unterhalte — ganz abgesehen davon, welchen nachteiligen Einfluß es auf das Schicksal und den Ruf des fremden Mädchens selber haben müßte.“

„Aber Du kommst doch heut abend?“

„Ich will kommen, vorausgesetzt, daß Du mich nicht in Belegenheit bringst; ich mache sonst das Recht der Selbsthaltung geltend und stehe Dir für nichts.“

„Wenn ich nur wüßte, wie ich meine Frau davon abbringen soll, der jungen Dame eine Einladung zu schicken, denn sie neigt sich etwas Derartiges.“

„Das mache wie Du willst. — Um elf oder zwölf Uhr

werde ich übrigens zu Fräulein Vernold hinüberfahren und wo möglich alles in Ordnung bringen — ich wollte, es wäre erst überstanden. Wenn sie dann erfährt, wie die Sachen hier stehen, möchte sie es schon selber vorziehen, mit der hiesigen Gesellschaft in weiter keine Berührung zu kommen.“

„Und soll sie in dem Hotel bleiben?“

„Nein“, sagte Wagner; „schon allein bei Tisch zwischen all den fremden, sie angaffenden Menschen zu sitzen, muß ihr unerträglich werden, und ich will sehen, sie während der Zeit ihres Aufenthalts in irgend einer Familie unterzubringen.“

„Aber wo?“

„Erst muß ich sie selber kennen lernen, um zu beurteilen, wohin sie paßt, nachher — alle Wetter, wer ist das? — Ich bekomme Besuch.“

Beide Männer wandten sich dem Garten zu, in den eben einer der gewöhnlichen Mietbendis einfuhr, und van Roeken rief:

„Das ist der nichtsnutzige und liederliche Nitschke, von dem es ja schon einmal hieß, daß er ertrunken oder auf eine andere Weise umgekommen sei. Was will er bei Dir?“

„Gott weiß es; jedenfalls um irgend etwas anhalten.“

„Laß Dich ja nicht mit ihm ein, Du wirst ihn sonst nicht wieder los.“

„Schade um den armen Teufel“, sagte Wagner; „er ist ein ganz talentvoller Mensch, wenn er seine Sinne eben beisammen hält, aber jeder Verführung augenblicklich preisgegeben und in den Händen dieses nichtsnutzigen Horbach ein vollkommen willenloses Instrument, mit dem der Bursche machen kann, was ihm gerade beliebt. — Er kommt wirklich auf das Haus zu.“

„Ich mag ihm hier nicht begegnen“, sagte van Roeken, indem er seinen Hut nahm, „sonst bittet er mich am Ende auch an. Also ich verlasse mich auf Dich, daß Du noch heute alles in Ordnung bringst und heut abend sagst Du mir dann Antwort; komm nicht zu spät.“ Und mit den Worten verließ er nach dem Hof zu das Haus, um dort sein Fuhrwerk wieder zu finden und dem eben den Portikus betretenden Nitschke nicht in den Weg zu kommen.

19.

Van Roeken hatte kaum das Zimmer verlassen und Wagner nur eben Zeit gehabt, sich eine frische Zigarre anzuzünden, als auch schon Herr Nitschke die steinernen Stufen heraufkam, seinen Hut abnahm und mit einer leichten, aber ehefürchtsoollen Verbeugung, bei der es

Wagner vorkam, als ob er etwas schwankte, an der Tür stehen blieb.

„Kommen Sie herein, Herr Nitschke.“

„Guten Morgen, Herr Wagner.“

„Was führt Sie zu mir?“

Nitschke schmiegte und sah wohl eine Minute still und wehmütig vor sich nieder, endlich sagte er leise:

„Die Not.“

„Das dachte ich mir“, erwiderte seufzend der junge Mann, indem er in seine Tasche griff und ein paar Guldennoten herausnahm — „Sie sind unverbesserlich, Nitschke, und Vorstellungen helfen bei Ihnen eben so wenig, wie die paar Gulden — es sind alles nur Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. — Da nehmen Sie — ich habe zu tun und kann mich nicht lange mit Ihnen beschäftigen. — Nun?“

Wagner hatte allerdings Ursache zu erstaunen, denn Nitschke trat einen Schritt zurück und die Hand abwehrend gegen das Geld ausstreckend, blieb er in seiner Stellung.

„Ich danke Ihnen“, sagte er aber dann und war in den wenigen Sekunden blutrot geworden — „ich danke Ihnen; ich bin — ich bin schon tief gesunken, aber — so tief noch nicht.“

„Aber was anderes verlangen Sie von mir?“ frug Wagner erstaunt, indem er das Geld neben sich auf den Tisch legte.

„Wollen Sie mir nur wenige Minuten Gehör schenken?“

„Wenn sie sich auf wenige Minuten beschränken, gern — bitte, setzen Sie sich; Sie scheinen heute morgen ein wenig schwach auf den Füßen zu sein. Nitschke, Nitschke, um Gottes willen, wohin soll das führen? Sie sind selbst heute morgen schon angetrunken.“

„Wenn Sie für das Wort „angetrunken“ hungrig sagten“, lächelte wehmütig der Mann, indem er sich mit einer dankbaren Bewegung auf den nächsten Stuhl niederließ, „so könnten Sie eher recht haben. — Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, Herr Wagner, daß ich seit drei Tagen keinen Tropfen Arak oder Wein über die Lippen gebracht habe. — Seit derselben Zeit habe ich aber auch an keinem gedeckten Tisch gefressen.“

„Also hat Sie Geldmangel daran verhindert?“

„Ich hatte noch genug, den Bendi draußen zu bezahlen.“

„Und Sie haben wirklich heute morgen noch nicht gefräßt?“ frug Wagner, dem es nicht entging, daß der Mann jetzt wieder sehr bleich wurde.

„Heute morgen und gestern morgen nicht“, lächelte Nitschke wehmütig, „und — aber was wollen Sie tun?“

Wie sie uns Gerhard Hauptmann in seinem unsterblichen Werke schildert, haben es profig abgelehnt, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen. In Ketchenbach sind deshalb die Textilarbeiter zusammengetreten und haben den Splinter- und Weberbesitzer den Kampf in Aussicht gestellt. Nach einem Referat des Bauleiters wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gesagt wird, daß, nachdem die Weberbesitzer die Neuwahl des Schiedsgerichts abgelehnt haben, eine friedliche Verständigung vollständig ausgeschlossen erscheint und nur der Kampf entscheidend kann. Da der Geschäftsgang momentan kein günstiger ist, soll eine bessere Zeit abgewartet werden.

Der Streik der Tabakarbeiter bei der Firma Th. Heineke u. Co. in Kirchengeru (Westfalen) der 19 Wochen dauerte, wurde durch Verhandlungen zwischen den Verbandsvertretern und dem Geschäftsführer der Tabakindustrie, Emilius Hindenberg, beigelegt. Es wurden alle Verschlechterungen, die Heineke geplant hatte, abgewehrt, Maßregeln wegen des Streiks und wegen der Zugehörigkeit zur Organisation fanden nicht statt.

Lohnbewegung der Rheinschiffer. Die Rheinschiffer finden nun auch in größerer Zahl den Anschluß an die freien Gewerkschaften. Dem unter Leitung katholischer Geistlicher stehenden St. Nikolaus-Rheinschiffer-Verband (Sitz Mannheim) haben die Schiffer in großer Zahl die Gefolgschaft angeschlossen. Dadurch gewann der Hafenarbeiterverband, Section der Rheinschiffer, an Terrain. In fünf der größten Schiffsfahrtsfirmen Mannheims haben jetzt die im Hafenarbeiterverband organisierten Schiffer Lohnforderungen gestellt. Der Unternehmerverband wies die Forderungen zurück. Die Schiffer wollen darauf mit dem Streik antworten, sobald bei Wiedereintreten normalen Geschäftsganges — zurzeit stockt das Geschäft infolge des Hochwassers — die Aussichten auf Erfolg verbürgt sind. Es ist leicht möglich, daß die Schiffer anderer Firmen sich der Bewegung anschließen.

Wegen Übertretung der Gewerbeordnung hatte sich der Inhaber eines großen Konfektionsgeschäftes in Augsburg vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte Konfektionsarbeiterinnen über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus im Betriebe beschäftigt und auch Arbeiten zur Fertigstellung mit nach Hause gegeben. Er machte vor Gericht geltend, daß sich die in Frage kommenden Arbeiterinnen freiwillig zu der Überzeitarbeit und zur Heimarbeit angeboten hätten, somit ein Zwang durch ihn nicht ausgeübt worden sei. Das Gericht kam dennoch zur Verurteilung des Firmeninhabers zu 130 Mk. Geldstrafe ev. 13 Tage Gefängnis. In der Begründung des Urteils wurde ausgesprochen, daß nach dem Sinne des Gesetzes eine Arbeiterin nötigenfalls gegen ihren eigenen Willen verhindert werden müsse, zur Erzielung eines Mehrertrages über die Zeit hinaus zu arbeiten und so ihre Gesundheit zu gefährden.

Schärfere Überwachung der Steinbruchbetriebe beschloß die Petitions-Kommission des badischen Landtages. Eine Petition des Bauverbandes des Steinarbeiterverbandes hatte diese Forderung erhoben und ihr wurde stattgegeben. Die Fabrikinspektion soll diese Überwachung veranlassen. Auch sollen bei staatlichen Aufträgen nur Unternehmer berücksichtigt werden, welche mit ihren Arbeitern akzeptable Tarifverträge abgeschlossen haben und deren Betriebsbedingungen den Bundesratsvorschriften entsprechen. Der Wunsch der Petition, bei staatlichen Arbeiten einheimische Arbeiter zunächst verwenden zu lassen, wurde der Regierung empfehlend übermiesen.

Flugblattverteiler in Baden. Während des Kampfes der Brauereiarbeiter in Freiburg in Baden sollten auch in dem Städtchen Müllheim Flugblätter verbreitet werden. Der Bürgermeister verbot dies zweimal, zum zweitenmal mit der Bemerkung: er lasse seine Gemeinde nicht verheizen. Gleichzeitig gab er einem Polizisten den Auftrag, den betreffenden bei Übertretung des Verbots sofort zu verhaften. Eine Beschwerde beim Bezirksamt war erfolglos; das Bezirksamt gab dem Bürgermeister recht. Das badische Ministerium des Innern war aber anderer Meinung. Es ließ auf eingereichte Beschwerde das Bezirksamt Müllheim wissen, daß der Flugblattverteiler nur nötig habe, vor Verbreitung ein Exemplar der Ortspolizeibehörde einzureichen. Diese kann die nicht gewerbmäßige Verbreitung solchen Personen wohl verbieten, denen nach den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung ein Legitimationschein versagt werden kann.

Wagner war aufgesprungen und hatte sein „Sapáda!“ zur Tür hinausgerufen.

„Mit einem Menschen, der schwach von Hunger vor mir sitzt,“ antwortete er jetzt gutmütig, „kann ich mich nicht unterhalten. Es müssen wenigstens erst etwas essen. Nachher teilen Sie mir mit, was Sie mir zu sagen haben.“

Mitschke faltete verlegen die Hände, Wagner hatte aber die nötigen Befehle schon gegeben und während seine beiden Diener rasch und behend den Tisch deckten und eine Menge kalter Speisen auftrugen, hatte sich Wagner wieder zu seinen Papieren gesetzt, um sie zu ordnen und zusammenzupacken. Er warf jetzt einen flüchtigen Blick darüber hin nach dem gedeckten Tisch und sah, daß alles fertig war.

„Gangen Sie zu, Herr Mitschke,“ sagte er freundlich, „genießen Sie sich nicht, — wir sind allein.“

„Wenn Sie es mir erlauben,“ jagte der Mann, „so will ich von ihrer Aüte Gebrauch machen, — ich glaube sogar, daß ich einiger Speise bedarf,“ — und ohne weiter ein Wort zu verlieren, ging er zum Tisch, ließ sich von den beiden Malagen bedienen und setzte nun die zwei braunen Tuschchen in nicht geringes Erstaunen, als er eine Schüssel nach der andern aufräumte und wahrhaft unerfättlich schien.

Eine Flasche Rotwein stand auf dem Tisch und der eine Diener hatte sie geöffnet und neben den Gast gestellt, aber Mitschke rührte sie nicht an, bis Wagner selbst aufstand, zum Tisch trat und die Flasche ergriff.

„Sie trinken doch ein Glas?“ sagte er dabei, — „es wird Ihnen gut tun.“

„Ich glaube es auch, Herr Wagner,“ erwiderte Mitschke und ergriff das für ihn gefüllte Glas. Noch stand ein anderes auf dem Tisch und er warf einen schüchternen Blick darauf, wagte aber nicht, etwas weiter anzudeuten. Wagner hatte in dessen den Blick bemerkt und das zweite Glas für sich füllend, sagte er lächelnd:

„Auf gute Befehrerung, Herr Mitschke!“

„Auf gute Befehrerung!“ wiederholte mit feierlichem und wehmütigem Ernst der Trunkenbold — und leerte sein Glas auf einen Zug. Wagner wollte ihm noch einmal einschenken, aber er zog es zurück und sagte:

„Ich danke Ihnen, Herr Wagner, — ich habe spirituelle Getränke nicht ganz abgetrunken, weil ich weiß, daß es mir doch nichts hilft. Mein Körper ist so zerrüttet, daß er dann und wann einer unnatürlichen Stärkung bedarf und wenn ich es, wie mich mehrfache Versuche gelehrt haben, ganz lassen will, so geht das wohl eine Weile, aber ich komme immer mehr herunter dabei. Die Sehnsucht nach solch einem Genuß wird zugleich immer stärker, rasender und — es geht zuletzt nicht mehr. — Ich breche mein Wort und lobe nachher, aus reiner Verzweiflung ärger als je zuvor.“

(Fortsetzung folgt.)

Den Nachweis zu erbringen, ist aber Sache der Ortspolizeibehörde; dem Flugblattverteiler den Nachweis aufzuerlegen, daß jene Voraussetzungen bei ihm nicht zutreffen und bis zur Vorlage dieses Nachweises die Verbreitung zu verbieten, findet in dem Preßgesetz keine gesetzliche Grundlage. Dadurch würde das gewährleisteteste Recht der Schriftverbreitung unter Umständen völlig aufgehoben oder mindestens stundenlang aufgehalten werden.

Soziales.

Die Fehle gegen die Ortskrankenkassenvorstände, so weit diese Sozialdemokraten sind, wird gerade jetzt während der Beratungen des Entwurfs der Reichsversicherungsordnung fortgesetzt. Fast regelmäßig kann aber bald die ganze Paktlosigkeit der oft wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen nachgewiesen werden. So geht es auch mit dem Fall Gräffer von der Ortskrankenkasse Freiberg. Nachdem die zuerst aufgedruckten Lügen alle widerlegt worden sind, geht jetzt folgende Behauptung durch die Reichsverbandspresse:

„Als Herr Ratkassessor Jahn Herrn Wieligt (Vorsitzender) wieder die Leitung der Sitzung übergab, wollten die Herren Arbeitnehmersvorstandsmitglieder schleunigst die Neubesetzung des Kassiererspostens vornehmen; denn in den ersten acht Tagen der Vakanz waren bereits eine ganze Anzahl Bewerbungen eingegangen, die zum Teil in Genossenschaftskreisen recht bekannte Namen aufwies.“

Genosse Wieligt sandte darauf dem „Freiberger Amtsblatt“, der Quelle aller gehässigen Angriffe aus Anlaß des Selbstmordes des früheren Kassierers Gräffer, eine Berichtigung. Demnach hat sich unter den eingegangenen neuen Gesuchen auch eins des früheren ersten Expedienten befunden, der als ein äußerst tüchtiger und gewandter Beamter auch von den Arbeitgebern geschätzt wurde. Die Arbeitgeber haben selbst mit befohlenen, die eingegangenen Gesuche einer Kommission zu überweisen.

Interessant ist übrigens noch, daß die Arbeitgeber im Vorstand den Antrag stellten, den Vorsitzenden, Genossen Wieligt, abzusetzen. Der zweite Vorsitzende, ein Arbeitgeber, „begründete“ den Antrag damit, Wieligt habe geschwätzig gehandelt, weil er den Antrag auf Entlassung des Kassierers Gräffer gestellt habe. Im Vorstand wurde aber gegen die Stimmen der Arbeitgeber natürlich dieser Antrag abgelehnt. Über den Antrag soll nun die Aufsichtsbehörde entscheiden.

Arbeiter auf der Brüsseler Weltausstellung. Die badische Regierung hat die Fabrikinspektion ermächtigt, eine Anzahl tüchtiger und fähiger Arbeiter zum Besuche der Brüsseler Weltausstellung zu veranlassen. Entsprechende Mittel werden ihnen durch das badische Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt. Die Reise soll unter der Leitung der Fabrikinspektion vor sich gehen; diese hat alle nötigen Vorarbeiten zu treffen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Pröbchen Groß-Berliner Intelligenz lieferte am Freitag eine Schöffengerichtsverhandlung in Berlin. Angeklagt war eine Frau D u h m wegen Sachbeschädigung. Die Frau hatte sich vor längerer Zeit mit ihren erwachsenen Kindern entzweit. Da sie von einer auf gleichem geistigen Niveau stehenden Frau gehört hatte, daß es eine „weise“ Frau gebe, die es verstehe, durch Zaubermittel einem Menschen Liebe und Zuneigung einzuflößen, beschloß die Angeklagte, dieses Mittel anzuwenden. Sie ging zu dieser weisen Frau und erzählte ihr, daß sie sich auf irgend eine Weise die Zuneigung ihrer Kinder wieder erringen wolle. Die Zauberin gab ihr gegen Zahlung von 1 Mk. darauf den Rat, sie solle Kuhmist und Pferdemist zu gleichen Teilen mischen, dann mit Wasser und einer gewissen andern Flüssigkeit verdünnen und dann diesen appetitlichen Trank einem unbekanntem Menschen dreimal in die Wohnung gießen, der in einem Vorort in einem Hause mit einer ungraben Hausnummer wohnen müßte. Um die gleiche Zeit erlebte der in der Tempelhofer Straße 19 wohnhafte Oberpostsekretär Caspari ein recht eigenartiges Abenteuer. Als er des Morgens erwachte, hatte er, da seine Geruchsnerven ordnungsmäßig funktionierten, das unbestimmte Gefühl, daß er sich verheerlich nicht in seiner Wohnung, sondern in einem Kuhstall zur Ruhe gelegt habe. Zu seinem nicht geringen Erstaunen entdeckte er, daß der ganze Korridor mit einer träge dahinschießenden sonderbaren Masse bedeckt war, welche einen Geruch ausströmte, der nach keiner Richtung hin an die Rosengärten von Schiras erinnerte. Nachdem das überlichsende Zeug mit großer Mühe entfernt worden, ereignete sich am nächsten Morgen die gleiche Szene. Da G. glaubte, daß ihm jemand einen Schabernack spielen wollte, legte er sich in der nächsten Nacht auf die Lauer. Gegen Morgen erschien die jetzt Angeklagte D u h m, um hier zum dritten Male ihr eigenartiges „Zaubermittel“ anzuwenden. Als sie ihr mixtum compositum wieder durch die Zeitungsklappe gießen wollte, wurde sie von G. festgehalten. — Vor Gericht erzählte die Angeklagte die oben erwähnte Geschichte von der weisen Frau und dem Zaubermittel. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 9 Mark eventuell drei Tagen Gefängnis.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Eisenach verurteilte den Bäckergehilfen Polz wegen Ermordung der Bäcker-Gefrau Wirsing in Mehlis zum Tode.

Aus Nah und Fern.

Familien-drama. Die in der Stiefholzstraße in Treptow bei Berlin wohnende 28 Jahre alte Ehefrau des Mechanikers Schibiltzi, die an einer langwierigen Krankheit leidet, versuchte Montag früh, sich und ihren 8 Jahre alten Sohn mit Gas zu vergiften. Als man die Tür erbrach, war das Kind bereits tot, während die Mutter in bedenklichem Zustande nach der Charitee geschafft wurde.

Der Gemahl der ehemaligen Frau von Schönebeck, über den Gemahl der ehemaligen Frau von Schönebeck berichtet die „Kölnische Zeitung“: „Herrn Webers Witwe ist uns auch am Ende des Prozesses rätselhaft geblieben. Nur eine Tatsache ist bekannt geworden, die vielleicht etwas Licht in das Dunkel bringt. Herr Weber hat sie, wie es scheint, der Öffentlichkeit selbst zur Beurteilung unterbreitet. Herr Weber ist nämlich beteiligt an einer Verlagsanstalt, dem neugegründeten „Weber-Haus G. m. b. H.“ in Berlin. Diese Verlagsanstalt hat kurz vor Beginn des Prozesses den deutschen Buchhandel im Börsenblatt für den deutschen Buchhandel durch folgende Anzeige auf sich aufmerksam gemacht:

Bisheriger Absatz über 150 000 Bände!

Geehrter Herr Kollege!

Wir bitten, die nachstehenden satirischen Schriften von

A. D. Weber

nicht auf Lager fehlen zu lassen.

Durch seine Heirat mit der im Vorder-

grund des Interesses Lebenden Frau

v. Schönebeck, deren Prozeß demnächst in Allenstein verhandelt wird, wird die Nachfrage nach den Weberischen Satiren andauernd sein.

Wir unterstützen den Antrag durch eine großzügige Reklame und stellen Ihnen somit ein großes Geschäft in Aussicht.

Die Weberischen Satiren sind keine Eintagsfliegen; täglich ist im Sortiment Nachfrage nach gut pointierten Vortragsstücken, daher verlaufen sich die Bändchen spielend leicht.

Wir empfehlen Ihnen den Bezug zu unsern günstigen Partiefägen.

— Sie riskieren dabei nichts. —

Hochachtungsvoll

Weber-Haus G. m. b. H., Berlin NW. 52, Thomaskirchstr. 22.

Das Blatt bemerkt dazu: „Daß der deutsche Buchhandel „etwas riskiert“, wenn er dieser Aufforderung Folge geben wollte, kann man nur hoffen. Daß aber das „Weber-Haus“ durch seine Geschäftsführung mit dieser Ehe bei allen anständigen Leuten weit mehr „riskiert“ als Gut und Geld, darf man als gewiß ansehen.“

Schweres Brandunglück. Im König-Albert-Hafen in Dresden brach gestern abend in der achten Stunde ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit einen Speicher mit Vorräten an Baumwolle, Jute und Öl völlig zerstörte und bereits einen zweiten Speicher ergrieff. Sämtliche Dresdener Löschzüge sind angestrengt tätig, um ein Weitergreifen des Brandes zu verhindern. Ein mit der Rauchmaske versehener Feuerwehrmann ist im Qualm erstickt.

Eine schwerwiegende Petition. Der Zentrumsfraktion im bayrischen Landtag wurde die Ankündigung einer großen Riste gemeldet. Schon lief dem königlichen Abgeordneten Fisser“ das Wasser im Munde zusammen in Erwartung des außerordentlichen Reckerbisses, den irgend ein frommer Untertan in Dankbarkeit den Fissern auf die Fraktionsbude gesandt hat. Der eine riet auf Ja, Wackstein auf Nein, der andere auf extra große neue Kartoffeln, der dritte auf Wein usw. Die Riste wurde geöffnet und zum Entsetzen der begierigen schwarzen Deputatis lagen darin: Steine, Sand und ein gelber Bagen Lehm. Von irgendwoher kam eine Petition um Erbauung einer Lokalbahn, und um dem Gesuch ein größeres Gewicht zu verleihen, hatten die Petenten eine Riste mit den Steinen der Petition „beigelegt“. Es sollte damit der Beweis erbracht werden, wie reich die betreffende Gegend an erbligen und steinigen Schätzen sei, deren Erschließung und Verwertung nur die erbetene Lokalbahn ermöglichen könne.

12 Personen ertranken infolge Kenterns eines isländischen Schiffes an der Nordküste von Island.

30 Jahre Kerker. Der junge Geistliche Aborn, der den alten Priester Don Costantini tötete und beraubte, wurde vom Schwurgericht Rom zu dreißig Jahren Kerker verurteilt.

Vom Auto überfahren. In der Nähe des Pariser Nordbahnhofs wurde der 70-jährige Senator Defarges von einem Automobil überfahren. Er erlag seinen schweren Verletzungen.

Wasserschäden. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus G h u r taxiert die Regierung von Graubünden den Wasserschaden der Gemeinden des Kantons auf zwei Millionen, den Schaden Privater auf 840 000 Francs.

19 Personen getötet. Nach den letzten Meldungen aus Cleveland wurden bei dem Eisenbahn-Zusammenstoß 19 Personen getötet, 3 tödlich und 6 schwer verletzt.

Weim Abschließen von Feuerwerk anlässlich der Feier des Unabhängigkeitstages wurden im ganzen Lande Amerika 28 Personen getötet und 1758 verletzt.

Großfeuer. Gegen 12 Uhr nachts entstand in der Fabrik von Dresden u. Koppel in Spandau Großfeuer. Der Brand ist aus unbekannter Ursache in der Stellmacherei und im Wagenschuppen entstanden. Die gesamte Spandauer Feuerwehr und ein Teil der Berliner sowie Charlottenburger Feuerwehren sind an der Brandstelle tätig.

Explosierte Dynamitpatrone. In einem Schuppen, der bei der Bahnhofs-Chamony-Martigny zur Aufbewahrung von Sprengstoffen gedient hat, ist eine Dynamitpatrone explodiert. Zwei in der Nähe spielende Kinder wurden getötet, ein drittes lebensgefährlich verletzt.

Zusammenstöße zwischen Weißen und Negern. Aus Newyork wird gemeldet: Infolge des Sieges des schwarzen Boxers Johnson über den Weißen Jeffries zu Reno in Nevada ist es Montag abend in vielen Städten im ganzen Lande zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen Weißen und Negern gekommen. Zahlreiche Neger wurden schwer verletzt. Hier wurde ein Neger totgeschlagen und ein von Negern bewohntes Mietshaus in Brand gesetzt. In Neu Orleans wurden zwei Neger erschossen. In Mounds, Illinois, wurde ein schwarzer Konstabler erschlagen und ein anderer tödlich verwundet. Auch in Pittsburg, Philadelphia, St. Louis und anderen Städten fanden Ruhestörungen statt. Die Angreifer waren überall Weiße. In Newyork und Umgegend sind 20 Neger massakriert worden. — Über die Rassenkämpfe wird weiter berichtet: Keystone West in Virginia soll sich vollständig in den Händen der Neger befinden. Die Polizei ist machtlos. In Los Angeles, der Heimat des Stegers Johnson, sind die Neger in Jubelstimmung; es erfolgten zwischen ihnen und den Weißen Zusammenstöße; zurzeit liegen 5 Schwarze und 3 Weiße im Hospital. Die Erbitterung der Bevölkerung in vielen Städten des Südens grenzt an Raserei. Man erwartet große Ausschreitungen. Selbst in London wurden zwei schwarze Artisten, als sie sich aus ihrem Variete nach Hause begaben, mißhandelt.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 5. Juli.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 3700 Schweine. Markt lebhaft. Aber-

stand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht, nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 62, — bis 63, — (49,50 bis 50,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240 — 260 Pfd., Tara 20 Proz., 62,00 bis 63, — (49,50 bis 50,50) Mk.; Mittelware, von 200 — 240 Pfd., Tara 22 Proz., 64,00 bis 64,50 (50,00 bis 50,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 64,00 bis 64,50 (50,00 bis 50,50) Mk.; Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,00 bis 63,00 (48,50 bis 48,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 58,00 bis 60,00 (46,50 bis 48,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 50,00 bis 56,00 (39,00 bis 43,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Schritt vor dem Scheiterhaufen absteigen und wurden auf ein flaches, mit einer Kuhhaut überzogenes Brettergestell, die sogenannte "Schleife" gebracht, auf der sie von den Henkerhänden zum Scheiterhaufen geschleift wurden. Rauch und Flamme entzogen nun bald das Weitere den Blicken des Publikums.

Der Zapferke.

Es saßen drei alte Krüger vertraulich zusammen beim Bier, Der eine trug Bänder und Orden, der blutigen Zapferke ich habe, so sprach er, drei Fahnen erbeutet bei Metz Und hab einen feindlichen Oberst im Kampf zum Gefangenen gemacht. Der Zweite sprach: schwerer wohl war es was 66 Ich hab deutsche Brüder erschossen im Walde von Den Dritten noch ätzte kein Orden, er war noch ein junges Blut Doch tief er, auch ich Kameraden, auch ich gab schon Proben von Mut. Denn als mich geschimpft und geschlagen im Dienst der Herr Korporal, Da hab ich Bescheid erwisst, nicht fürchtend der Kutsche Strahl. Da reichten die alten Krüger dem Jungen die Hände gerührt Und sprachen: Nur Dir Du Berwenger die Palme des Mutes gebührt!

Aus den Wäbhlättern.

Logisch, Sie (zu ihrem spät aus dem Wirtshaus kommenden Gatten): "Aber das begreift ich nicht, wie man so spät nach Hause kommen kann!" — Er: "Warum regst dich denn nach so auf, wann's eh net begreift?" Ein Egoist. "V mein' alleweil, seit der Doktor unserm Bräumeister's Bier verbotten hat, braut er nimmer so an guaten Trunk!" Der kranke Bräutigam. "Was haßt du deinem Schatz zum Geburtstag geschenkt, Kiste?" — "A Kaiserabonnement!" Im Eifer. "Nicht er, nach Ihrer Aussage hat der Angestellte gelohnt und gekramt; er behauptet hingegen, nur leise vor sich hingelungen zu haben." — "Seu ge: (Nachwächter, entrüstet): "Herr Richter, ich hab' an selten Schlaf und wenn ich davon wasch merd'" (Aus "Wegendorfer Blätter".) Abskurz. "Haben Sie schon gehört von Frischgüssen? Der ist doch in der Sommerfrische vom Balton abgeföhrt und hat sich beide Beine gebrochen!" — "Dum Balfon? Beide Beine?" "Dafür hält er doch schon den Monte Rosa haben können!" Übertraumpf. "A.: Wo ich im Sommer war, da sagen einem die Bauern noch "Guten Tag"!" — "Wo ich war, sagen sich schon die Fische "Gute Nacht"!" Matz. In einem Londoner Vergnügungspart will ein kleiner Junge auf dem Karussell fahren. Dieses ist jedoch verdeckt, und dem Kleinen wird auf seine Frage, warum das Ding nicht geht, von dem Befeliger des Karussells erwidert, daß doch der Landesherrater gefestorden sei, darauf der Junge ganz erstaunt: "Na, kann denn denn tein anderer das Ding drehen?" (Aus "Lustige Blätter".) Musikant. "Bodo, was hocht denn das: Refonvales, Kirschmischtag." — "So hocht ma dö Zeit a paar Woch'n nach dem Genickstuch. Korreplondent: "Jetzt weiß ich schon wieder nicht, wie man dieses verblödete Fremdwort schreibt — morgen trete ich aber dem deutschen Sprachreinigungsverein bei!" "Mach etwas. Rom mis (zum Kleiderhändler): "Sie wollen mir für diesen Anzug nur acht Mark geben?" — "Leid er händler: "Ja, dafür werden Sie aber auch morgen in der Zeitung lesen, daß ich hab' zu verkaufen . . . von Herrschaften abgelegte Kleider!"

Die letzte Volkstänzung einer Einrichtung durch den Schetterhaufen in Preußen.

fund, wie die Zeitschrift "Alt-Berlin" mitteilt, am 28. Mai 1818 zu Berlin statt. Die Belinganten, ein Mann und eine Frau, waren wegen Brandstiftung in vielen Fällen, in Verbindung mit Diebstahl von der Kriminaldeputation des königlichen Stadtrichters zum Feuerbode verurteilt worden, daß sie zur Richtstätte zu schleifen und also mit dem Feuer vom Leben zum Tode zu bringen sind", wie der Urteilspruch sagt. Es war einer der größten Prozesse, die die preussische Gerechtigkeit kennt; das Aktenmaterial umfaßt 825 starke Bände und wird im Geheimen Staatsarchiv zu Berlin, Klosterstraße 76 aufbewahrt. Der Prozeßbericht beschwört die finsternen Tage des Mittelalters wieder herauf. Die beiden Verurteilten wurden, von Berentrömen eskortiert, durch die von allen Seiten zusammenströmende Volksmenge nach dem Richtplatz geführt, zu dem man nicht den damals als Hofgericht benutzten Gartenplatz, sondern einen freien Platz an der Jungfernhöhe bei dem Wobert Webbing bestimmt hatte. Dort hatte der Scharrichter Kraft von der geheime Auftrag erhalten, daß der Scharrichter Polakoff, aus dem oben zwei Plätze herausragten, an die die Verurteilten gebunden werden sollten. Vom Kammergericht war der geheime Auftrag eingetroffen, daß der Scharrichter zu instruieren sei, die Belinganten vor Anklage des Schetterhaufens auf eine den Zulängeren unmerkliche Art zu erdroffeln, zu welchem Zweck zwei weite baumwollene Handtücher geliefert wurden. Der Schetterhaufen wurde nämlich von der Polizei bewacht, um zu verhindern, daß er aus Mitleid willen vorher angeklagt werde. Als die Verurteilten auf dem Richtplatz anlangten, mußten sie etwa 150

Am Hause der Liebe.

Erzählung von Wilhelm Kloppe-Welbert.
 Ein älterer Herr mit bereits grauem Haar, von angenehmem Aussehen, stand vor dem Bahnhofs einer der größeren niederländischen Städte. Er war toben mit den Händen. Das buntbewegte Weltstadtleben um ihn her schien ihn zu fesseln, denn er beobachtete längere Zeit diesen auf- und niederstehenden Menschenstrom. Aber nein, das war's nur zum geringsten Teil. Geschäftliche und private Angelegenheiten hatten ihn wieder einmal, wie schon öfter, in die Stadt geführt und nun kam er, wie und wo er zuvor ein kleines Vergnügen haben könne. Abenteuerlust prüfete in seinen Gliedern. Warum sollte er auch nicht? Er war zwar nicht reich, aber seine Verhältnisse gestatteten ihm, schon mal einige Goldstücke für ein Vergnügen hinbringen zu lassen. Und es hatte keine Gefahr, daß sein Weib, seine Kinder, alle die bekannnten ehrbaren Leute fern in der Heimat ihn hier begnügen würden. Und was die Welt richt weiß, um deswillen braucht man auch nicht die Augen niedergzuschlagen.
 So sagte er sich und schlenderte durch einige Straßen dahin. Einige Mädchen, die in etwas auffälliger Weise an ihm vorbeirückelten, suchte er anzupfeifen; aber die sahen ihn groß an und gingen weiter.
 "Na! saugte er und blieb stehen. Er sah einen einen Entsetzten vor sich humpelnd, ging er mit festen, elastischen Schritten.
 Er sah die Stadt zu kennen, denn er ging ohne zu zögern, einem bestimmten Ziele zu. Vor einem großen Hause mit etwas auffälligem Aussehen blieb er einige Augenblicke stehen, dann ging er hinein.
 Er betrat eine kleine Halle mit bunten Wänden, von welcher Türen in die aufstehenden Räume führten. Durch die hintere, größere Tür ging er weiter, in einen Saal, der einem Barocksaal nicht unähnlich war.
 Auf einer mächtigen Erhöhung saßen etwa 30 Mädchen verschiedener Alters, in bunten, kurzen Kleidern, ein erregendes Gemisch von Jugend, Schönheit, Unglück, Leid und Saft.
 Sie saßen dort oben zur Schau für die lusternen Männeraugen unten im Saale, wie bunte Vögel, die zum Kauf ausgeboten werden. Aus einer Ecke erkante Musik, prickschende, hüpfende Weise. Einige Mädchen sangen dazu.
 Der alte Herr setzte sich an einen Tisch, bestellte ein Glas Wein und schob sein Augenglas auf die Nase. Während er sich dem Saal über die Mädchen hin, ein lusterner, sinnlicher Zug war in sein Gesicht. Aber nach einer Weile schüttelte er unbedeutend den Kopf. Er fand offenbar nicht, was er suchte.
 Schon war er im Begriff, aufzustehen, als eine ältere, starke Dame vorüberging. Ihr Blick fiel auf ihn, erst freudig, dann glitt ein Lächeln über ihr breites Gesicht. Sie streckte ihm die Hand entgegen: "Ah, Alterchen, sieht man Sie auch mal wieder?"
 Er nickte: "Nun ja, zuweilen drängt's einen wieder her." Sie warf einen Blick auf die Mädchenengruppen: "Wie ist's denn?"
 "Nichts Neues," antwortete er kopfschüttelnd.
 "Ah, Sie Feinschmecker," lachte das Weib.
 "Mit Marguerite denn nicht mehr da?" fragte er.
 Sie erzählte, daß sie mit einem Grafen über den Ocean gegangen sei.
 "Um . . . schade."
 "Ja, allerdings — so ein Goldfisch. War anfangs ein recht köstliches, peunibles Ding. Sie wissen ja . . . Ihnen ist es noch zuerst gelungen. Nun, gibt sich alles."
 Er nickte lächelnd, in seinen Augen schimmerte es heiß.
 Das Weib sann einige Augenblicke, dann beugte es sich zu ihm nieder, ihre Stimme zum Flüßern dämpfend: "Wir haben auch jetzt wieder so ein dummes Ding im Hause, vor

acht Tagen it's eingebracht worden. Für rechte Feinschmecker, sage ich Ihnen. Und da Sie ein bemerkenswertes Talent in dergleichen Dingen sind . . ."
 "Wo ist sie?" Seine Augen flammten.
 "Kommen Sie." Mit einer Handbewegung lud sie ihn ein, zu folgen, und ging.
 Er stand auf und folgte ihr, über mehrere Flure, Treppen, bis sie vor einer Türe stehen blieb und flüsterte: "So, da ist sie."
 Und als er ohne Zögern hinein wollte, hielt sie ihn an: "Hein, warten Sie noch. . . Gott, sind Sie wild. Sehen Sie, es wäre möglich, daß sie den Versuch machte, hinauszuflüchten. Das wäre sehr unangenehm. Gehen Sie sich also." Sie legte ihr Ohr ans Schlüsselloch und horchte.
 "O, sie wird schon nicht, sind Sie ganz ruhig," sagte der Alte ungeduldig.
 "Anfangs hat das Mädchen nicht einen Pfennig essen wollen, hat getobt und geschrien und noch diesen Morgen einem polnischen Baron die Nase blutig geschlagen. Jetzt scheint sie allerdings ruhig zu sein. Hat sich viellecht auch schon gewöhnt."
 "Es wird also recht interessant werden," lachte er.
 "Nun, zeigen Sie Ihre Kunst."
 "Ich werde mir Mühe geben."
 Sie ging zurück, er in das Zimmer hinein.
 Es war gegen Abend, die buntigen Scheiben in dem kleinen Fenster dämpften das Licht noch mehr, so daß tiefe Dämmerung in dem kleinen Räume herrschte. Dichte Schatten lagerten in den Ecken und Winkeln.
 Ein junges Mädchen saß auf einer Chaiselongue, den Kopf über die Lehne geworfen, das Gesicht in den Händen begraben.
 Eine Weile stand er und betrachtete sie, dann rückte er einen Stuhl heran und setzte sich neben sie hin. Seine lusternen Blitze glitteten über die weichen Formen ihres schönen Körpers hin.
 Sie rührte sich nicht, ein Bild vollkommener Resignation ließ sie da, es schien ihr ganz gleichgültig, was mit ihr geschehen würde, nur zuweilen ging ein leises Zucken durch ihre Glieder.
 Der Alte strich toben über ihr reiches, dunkles Haar, über ihre Schultern und arme. Widersprechende Empfindungen erfassten ihn. Sein Herz nicht losreißen von diesem Körper; es war ihm, als ob ihm das alles bekannt sei, dieses Kleiderfarbe, diese Haare, die Formen und Linien dieses Körpers. Aber er vermochte seinem Gebirnen ernstlich nachzugeben, die aufgewühlten Sinne meisterten die Verwirrung. Und die Dunkelheit hinderte ihn, alles genau zu erkennen. Er beugte sich über sie, füllte ihr Haar, über ihre arme und Schultern, seine Hand glitt toben über sie hin, er sog den Duft aus diesem jugendwarmen Körper in sich auf.
 Und dann flüsterte er mit eigenartig ätzender, lodender Stimme: "Na, liebes Mädchen, nun hob' dich mal auf, nun schick mich mal an. Willst du dich nicht töricht sein, was?" Er versuchte ihren Kopf zu heben.
 "Was wollen Sie von mir?" fragte sie schwach und tonlos. Es war, als ob sie träumte. Raum ein schwacher Widerstand lag in diesen Worten, auch keine Kunst zum Widerstand. Sie füllte seine Hand über ihren Körper hin, wie von ferne erreichten seine Worte ihr Bewußtsein, aber ein ohnmächtiges Gefühl hielt ihren Willen gebannt.
 Der Alte lachte leise: "Was ich will? Bist du einfüßig, Mädchen?" In seinen Augen begann es zu flammern. Bahntun erfaßte ihn, ein heißes, wildes Begehren. Er hob ihren Kopf empor, und beugte ihn nach hinten zurück, aber entsetzt fuhr er empor. Mit schreckhaft aufgerissenen Augen starrte er sie an.
 "Halbwegs ist sie zu ihm auf, mit halbgeschlossenen Augen, völlig willenlos, apathisch wie eine Leinwand."
 "Eugenie, mein Kind, wie kommt du in dieses Haus?" fließ er endlich hervor. Da öffneten sich ihre Augen: "Mein Vater?" flammte sie.

ber Eugenie . . . Sie aber wie kommt du hierher . . .

„Nun richtete sie sich in die Höhe, Gewandeln und . . .“

„Aber du fährst doch, alles ist gut.“

„Nun dem Bahnhof, ja, das wird nicht neben mir, ich . . .“

„Aber du . . .“ Sie schaute und schaute die Schönheit . . .“

„Denken Sie etwa nicht zu betrogen? Sie werden ihr . . .“

„Da werden Sie wohl mit an den Stranger wollen.“

„Die Uhrzeit? Das erwiderte fort: „Was wollen Sie also . . .“

„Gutartige folgte mechanisch, den Kopf und das Herz . . .“

haben. Der moralische Schaden ist ja nur selten so . . .“

**Raufmannsfrauen, Beamten-
gattinnen, Offiziersdamen.**

Eine Wolfe.

„Sie alldemant, können bei uns nur solche weibliche . . .“

„Aber keine Standesunterschiede der Deutsche in Bezug . . .“

„Nun verdammtend wenig magen es, ihre Funktionen . . .“

„Die Raubdiebstahl einer Raubhandlung steht sich . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

ermächtigt werden, sehr zurückgelegt. Erbeten wirten die . . .“

Für unsere Frauen.

„Die „Wahrheit“ streitet der Arbeiterinnen . . .“

„Nun Karlsruher wurde der 5. Verbandstag der katholi- . . .“

„Damit man nicht glauben sollte, der Verbandstag sei . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

nicht notwendig. Wenn also viele Genossinnen glauben . . .“

Alberti Differenzwertes.

„Zur Ungeduld des Albertis . . .“

„Es ist interessant — sagt er — den Spuren nachzugehen . . .“

„Bei der Entscheidung vom 20. September zum Remon- . . .“

„Nun erwidert es sehr nachsichtlich, daß dieses Material . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“

„Sollte ich den Frauenrechtlerinnen England's ein . . .“